

Zur aktuellen Inflationsentwicklung in Österreich

Die HVPI-Inflation in Österreich ist von unter 2% im ersten Halbjahr 2007 auf 3,5% im Dezember 2007 gestiegen. Im Jänner und Februar² 2008 betrug sie jeweils 3,1%. Wie in anderen Ländern ging der Inflationsanstieg zum Großteil auf den internationalen Preisauftrieb bei Energie und agrarischen Rohstoffen zurück. Der Rohölpreisanstieg wurde auf die Treibstoffe sehr rasch überwältigt, Strom- und Gaspreise reagieren hingegen erst mit Verzögerung. Der Anstieg der Weltmarktpreise agrarischer Rohstoffe war für die jüngste Teuerung bei Milchprodukten sowie bei Ölen und Fetten in einem höheren Maß verantwortlich als bei Brot- und Getreideerzeugnissen. Inflationsraten von mehr als 5% wurden von September bis Dezember 2007 auch bei Bekleidung und Schuhen verzeichnet.

Die Inflationserwartungen der Konsumenten und Experten für die nächsten zwölf Monate haben sich vor diesem Hintergrund erhöht, allerdings ist die allgemeine Experteneinschätzung, dass die Inflation im Jahr 2009 wieder auf etwa 2% zurückgehen wird. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) prognostiziert für die erste Jahreshälfte 2008 weiter Inflationsraten von über 3%. Bis Jahresende 2008 sollte sich die Teuerung aufgrund des erwarteten Auslaufens des Nahrungsmittelpreisschocks und des Basiseffekts vergangener Energiepreissteigerungen aber deutlich auf 2,3% abschwächen. Im Jahresdurchschnitt 2008 erwartet die OeNB eine Inflationsrate von 2,8%.

Die Sozialpartner und die öffentliche Hand tragen eine besonders hohe Verantwortung: Die Vermeidung von Zweitrundeneffekten in der kommenden Herbstlohnrunde ist eine wichtige Aufgabe der Tariflohnparteien. Eine Intensivierung des Wettbewerbs und die Beseitigung quantitativer Produktionsbeschränkungen im Agrarbereich können, indem sie die Preissetzungsmacht der Unternehmen einschränken bzw. das Angebot an Agrarrohstoffen erhöhen, die Preisentwicklung dämpfen. Eine zusätzliche Nachfragestimulierung durch die Fiskalpolitik bei hoher Kapazitätsauslastung wäre dem Ziel einer Inflationsrückführung abträglich. Würden alle öffentlichen Gebühren auf ihrem Niveau des Jahres 2007 eingefroren, so würde dies nach Schätzungen der OeNB die Jahresinflation 2008 um etwa 1/4 Prozentpunkt dämpfen.

Friedrich Fritzer,
Ernest Gnan,
Walpurga Köhler-
Töglhofer,
Fabio Rumler,
Alfred Stiglbauer¹

1 Deutlicher Anstieg der Inflation in Österreich seit dem vierten Quartal 2007

Im Dezember 2007 erreichte die Inflationsrate gemessen am HVPI³ in Österreich mit 3,5% den höchsten monatlichen Wert seit Jänner 1993, nachdem sie bereits seit November 2007 auf Werte über 3% geklettert war. Auch die Jahresinflation lag im

Jahr 2007 mit 2,2% merklich über dem Vorjahreswert von 1,7%. Maßgeblich verantwortlich für den Inflationsanstieg waren die Preisanstiege bei „Energie“ und „Nahrungsmittel“ (siehe die Inflationsbeiträge der Verbrauchsgruppen in Grafik 1) sowie bei „Industriegüter ohne Energie“, insbesondere bei „Bekleidung und Schuhe“. Rückläufig und unterdurch-

¹ Die Autoren danken Elisabeth Augustin, Ernst Glatzer, Wolfgang Harrer und Beate Resch für die hervorragende wissenschaftliche Assistenz.

² Der Februar-Wert der Inflationsrate für Österreich wurde am 14. März 2008 veröffentlicht. Aufgrund des Redaktionsschlusses 6. März 2008 nimmt der Rest des Beitrags nur auf die Inflationsentwicklung bis inklusive Jänner 2008 Bezug.

³ Alle in diesem Beitrag angeführten Inflationswerte beziehen sich auf den HVPI. Der HVPI (statt des nationalen VPI) wird hier deshalb betrachtet, da er einerseits der relevante Indikator für die Geldpolitik im Euroraum ist und sich andererseits aufgrund der Harmonisierung in der Berechnungsmethode besonders für internationale Vergleiche eignet.

Wissenschaftliche
Begutachtung:
Helmut Stix.
Redaktionsschluss:
6. März 2008

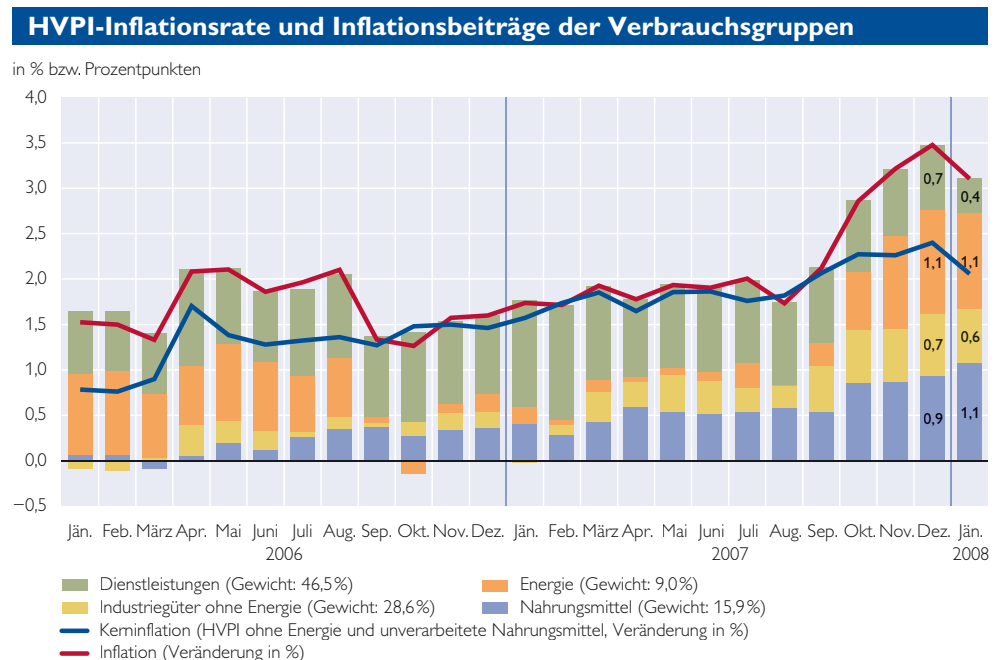
schnittlich war hingegen die Dienstleistungsinflation. Im Jänner 2008 hat sich die Inflationsdynamik wieder leicht abgeschwächt. Die Inflationsrate sank auf 3,1 %, allerdings blieben die inflationstreibenden Faktoren der Monate zuvor, Energie und Nahrungsmittel, weiter bestimmend (Grafik 1). Der starke Einfluss der Energie und der Nahrungsmittel auf die Inflationsrate in den letzten Monaten wird auch dadurch sichtbar, dass die Kerninflation – die Inflationsrate ohne Berücksichtigung von Energie und unverarbeiteten Nahrungsmitteln – ab dem vierten Quartal 2007 deutlich weniger anstieg als die Gesamtinflation.

Doch es überraschte nicht allein die Dynamik des Preisanstiegs. Zwar ist die jüngste Inflationsbeschleunigung durchaus ein internationales

Phänomen, das auf globale Verteuerungen bei Energie (insbesondere Rohöl), Rohstoffen und Nahrungsmitteln zurückgeht.

Der österreichische Inflationsanstieg übertraf aber – ungewohnt für Österreich⁴ – zeitweise auch die ebenfalls beschleunigte Inflationsrate im Durchschnitt des Euroraums. Hatte im August 2007 die Jahresteuierung in Österreich und im Euroraum noch jeweils 1,7% betragen, so beschleunigte sie sich ab September 2007 sowohl in Österreich als auch im Euroraum. Von Oktober bis Dezember 2007 lag die Inflationsrate in Österreich über jener des Euroraums. Im Dezember 2007 war dieser Unterschied (3,5 % gegenüber 3,1 %) besonders deutlich (Grafik 2). Auch der Vergleich der Inflationsrate

Grafik 1 Inflationsbeschleunigung ab dem vierten Quartal 2007

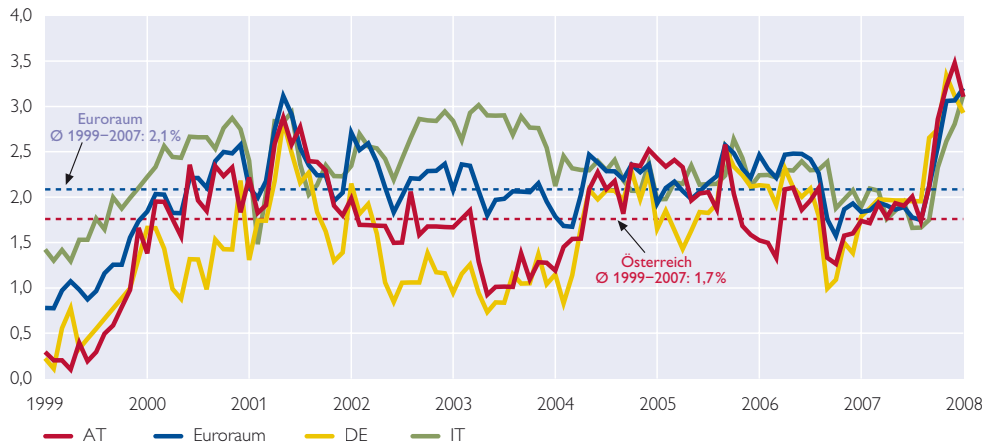


⁴ Der Durchschnitt der Inflationsrate seit Beginn des Jahres 1999 liegt für Österreich bei 1,7%, für den Euroraum bei 2,1 %.

Grafik 2 Inflationsschub ab dem vierten Quartal 2007: ein internationales Phänomen

Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Österreichs mit jener der wichtigsten Handelspartner, Deutschland und Italien, streicht den ungewöhnlich starken Anstieg in Österreich heraus. Von September bis Dezember 2007 war die österreichische Inflation höher als jene Italiens, und im Oktober sowie Dezember 2007 und Jänner 2008 lag sie auch über jener Deutschlands.⁵ Im Jänner 2008 verbesserte sich die internationale Position Österreichs in der Inflationsstatistik. Der österreichische Wert von 3,1% lag wieder knapp unter jenem des Euroraums (3,2%), aber weiterhin über jenem Deutschlands (2,9%) und gleichauf mit Italien.

Der Unterschied in der Inflationsentwicklung im Dezember 2007 zum Euroraum erklärt sich hauptsächlich durch eine stärkere Preissteigerung der „Nahrungsmittel“ (6,0% gegenüber 4,3%) sowie der Energiepreise (14,0% gegenüber 9,2%) in Österreich. Auch bei anderen Ausgabenkategorien, wie „Bekleidung und

Schuhe“ (5,2% gegenüber 1%) sowie „Freizeit und Kultur“ (1,6% gegenüber 0,1%), lag die Inflationsrate in Österreich im Dezember 2007 über jener des Euroraums. Auch im Jänner 2008 entwickelten sich die Nahrungsmittelpreise und die Energiepreise in Österreich überdurchschnittlich im Vergleich zum Euroraum (7,0% gegenüber 3,7% bei Nahrungsmitteln und 13,0% gegenüber 10,6% bei Energie). Eine auffällig geringere Inflationsrate verzeichnete Österreich im Vergleich zum Euroraum im Dezember 2007 und Jänner 2008 hingegen bei Dienstleistungen (1,5% gegenüber 2,5% im Dezember sowie 0,8% gegenüber 2,5% im Jänner).

Die dynamische und sowohl im historischen als auch im Euroraum-Vergleich überdurchschnittliche Teuerung in den vergangenen Monaten hat eine lebhafte mediale und politische Diskussion über Ursachen und angemessene Maßnahmen der österreichischen Wirtschaftspolitik aus-

⁵ Beim Vergleich der Inflationsrate zu Deutschland ist jedoch zu bedenken, dass Deutschland mit 1. Jänner 2007 den Mehrwertsteuersatz von 16% auf 19% angehoben hatte.

gelöst. Zahlreiche Fragen wurden dabei aufgeworfen: Welcher Anteil der aktuellen Teuerung ist durch internationale Preisschocks bedingt, wie viel ist „hausgemacht“? Wo liegen die Ursachen für einen allenfalls im Inland ausgelösten Preisauftrieb? Wie hoch ist die Gefahr, dass ein vorübergehender Inflationsschub sich über erhöhte Preiserwartungen und Lohnforderungen in eine Lohn- und Preispirale verfestigt? Und welche Maßnahmen kann die nationale Wirtschaftspolitik gegen die Teuerung ergreifen?

Der vorliegende Beitrag soll die diesbezügliche Meinungsbildung durch Zahlen und Fakten sowie durch Analysen über Ursachen des Preisanstiegs unterstützen. Dazu werden zunächst in Kapitel 2 die Preisentwicklung in den am stärksten von der Teuerung betroffenen Sektoren eingehender untersucht sowie mögliche Ursachen und Übertragungskanäle herausgearbeitet. Dabei wird, soweit relevant, auch auf Unterschiede in der Preisentwicklung zum Euroraum und den Nachbarländern Deutschland und Italien eingegangen. Kapitel 3 untersucht, inwieweit Zweitrundeneffekte bereits zu beobachten oder zu erwarten sind. Dabei wird einerseits die Lohnentwicklung betrachtet. Zum anderen wird auf Basis zweier bisher in Österreich kaum verwendeter Indikatoren versucht, Informationen über die Entwicklung der Inflationserwartungen in Österreich zu gewinnen. Kapitel 4 präsentiert, aufbauend auf den vorangegangenen Kapiteln, die aktuelle Inflationsprognose der OeNB. Kapitel 5 fasst zusammen und leitet einige Schlussfolgerungen ab.

2 Welche Sektoren zeigen gegenwärtig die stärkste Inflationsdynamik?

2.1 Internationaler Vergleich der Inflationsentwicklung: Energie und Nahrungsmittel sind Hauptpreistreiber

Die Entwicklung der Inflation in den einzelnen Euroraum-Ländern weicht teilweise erheblich vom Euroraum-Durchschnitt ab. Bezogen auf die Jahresinflationsrate 2007 lagen die Niederlande, Finnland und Frankreich deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,1%. Geringfügig darüber lagen hingegen Österreich und Deutschland, deutlich darüber Spanien, Griechenland und Slowenien (Grafik 3).

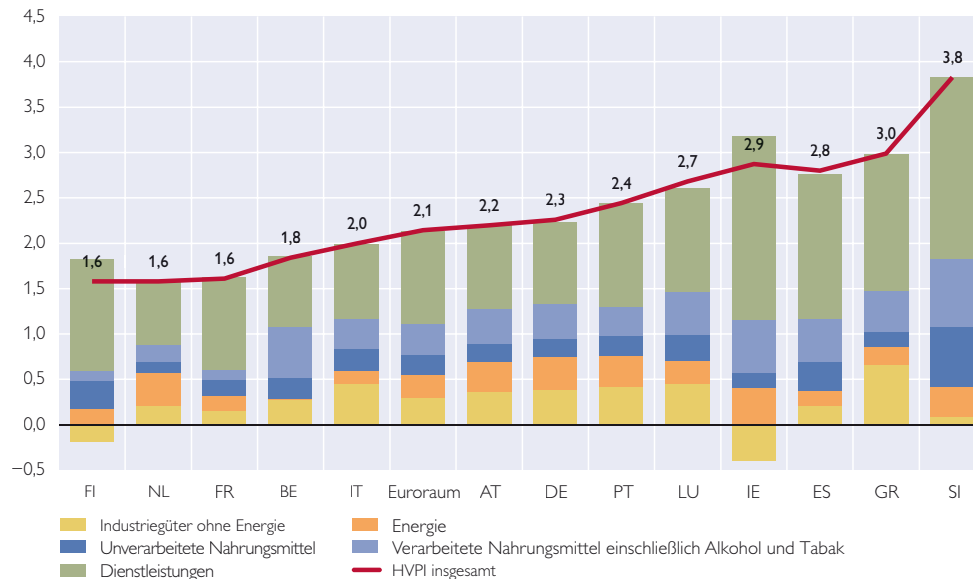
Eine Zerlegung der Jahresinflation 2007 in Verbrauchsgruppen⁶ zeigt einen auffällig starken Beitrag der Verbrauchsgruppe „Energie“ in Österreich, Deutschland, Irland und Niederlande (Grafik 3). Allerdings sieht man für fast alle Länder des Euroraums einen – angesichts des geringen Gewichts – beträchtlichen Durchschlag dieser Verbrauchsgruppe auf den jeweiligen HVPI. Zudem verzeichneten Österreich, wie auch Spanien, Finnland und Slowenien, einen vergleichsweise hohen Inflationsbeitrag der Verbrauchsgruppe „unverarbeitete Nahrungsmittel“. Der Beitrag der Verbrauchsgruppe „verarbeitete Nahrungsmittel“ war für Österreichs Inflationsdynamik im Jahr 2007 aber von noch stärkerer Bedeutung. Der Inflationsbeitrag der verarbeiteten Nahrungsmittel lag aber auch in Belgien, Deutschland, sowie in Luxemburg, Irland und Slowenien über dem Durchschnitt des Euro-

⁶ Eine Definition der fünf Verbrauchsgruppen, auf die im Lauf des vorliegenden Beitrags wiederholt verwiesen wird, d. h. unverarbeitete Nahrungsmittel, verarbeitete Nahrungsmittel, Industriegüter ohne Energie, Energie und Dienstleistungen, befindet sich im Anhang.

Grafik 3 Energie- und Nahrungsmittelpreise treiben im gesamten Euroraum die Inflation

Beiträge der Verbrauchsgruppen zur HVPI-Inflation nach Ländern

in Prozentpunkten; Jahresdurchschnitt 2007



Quelle: Eurostat.

raums. Der Inflationsbeitrag der Verbrauchsgruppe „Industriegüter ohne Energie“ war im Jahr 2007 in Österreich ebenfalls höher als im Euroraum-Durchschnitt. Dafür zeichnete vor allem der vergleichsweise starke Anstieg der Preise bei „Bekleidung und Schuhe“ in den vier letzten Monaten des Jahres verantwortlich.

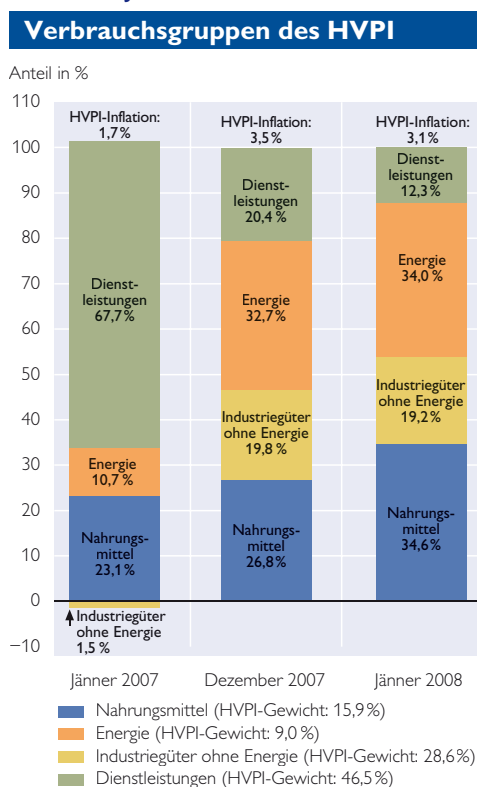
2.2 In Österreich verschoben sich die inflationstreibenden Sektoren im Lauf des Jahres 2007

Die Inflationsbeiträge der einzelnen Verbrauchsgruppen haben sich im Verlauf des Jahres 2007 deutlich verschoben. Von Jänner bis September 2007 trugen Preisänderungen bei „Dienstleistungen“ (abzulesen anhand des Inflationsbeitrags in Grafik 4) am meisten zur bis dahin moderaten Inflation bei. Mit einem Gewicht von 47,4% im HVPI schlugen Preisänderungen dieser Verbrauchsgruppe stark auf die Gesamtinflation durch. Die Inflationsrate für Dienstleistungen

war in den letzten Jahren relativ stabil und betrug im Durchschnitt seit 1999 2,2%. Dies erklärt sich vor allem durch die moderate Lohnpolitik in Österreich. Da Dienstleistungen arbeitsintensiv sind, bestimmt die Entwicklung der Arbeitskosten zum Großteil die Teuerungsrate der Dienstleistungen.

Der im Jänner 2007 noch recht geringe Beitrag der Verbrauchsgruppe „Energie“ zur Inflationsrate stieg bis Jänner 2008 deutlich an. Von „Industriegüter ohne Energie“ ging im Jänner 2007 kein, im Jänner 2008 hingegen ein starker Inflationsimpuls aus. Dafür zeichnete – wie erwähnt – die überdurchschnittliche Preisentwicklung bei „Bekleidung und Schuhe“ verantwortlich. Der Inflationsbeitrag der „Nahrungsmittel“ erhöhte sich von 23% im Jänner 2007 auf 35% im Jänner 2008 und wirkte damit bei einem Gewicht von nur 15,5% durchwegs inflationstreibend. Preisänderungen bei Nahrungsmitteln schlugen

Grafik 4 Inflationstreibende Sektoren verschoben sich im Lauf des Jahres 2007



in der Vergangenheit immer dann stark auf die HVPI-Inflation durch, wenn es Krisen auf der Angebotsseite, wie z. B. anlässlich der BSE-Krise oder von Dürreperioden, gab. Nunmehr ist die Preisentwicklung dieser Komponente sowohl durch angebots- als auch nachfrageseitige Ursachen getrieben (Dürren in wichtigen Getreide exportierenden Ländern, weltweiter Nachfrageanstieg).

2.3 Energiepreise – eine Haupttriebfeder für die Inflationsbeschleunigung

Im Jahr 2007 hatte sich der Preis für Rohöl – mit einer kurzen Unterbrechung im dritten Quartal – stark

nach oben entwickelt. Der Rohölpreis stieg von knapp 60 USD/Barrel zu Jahresbeginn 2007 auf über 90 USD/Barrel zu Jahresende, das heißt, der Anstieg innerhalb des Jahres betrug fast 60%.⁷ Der Rohölpreisanstieg, in Euro gerechnet, war aufgrund der Aufwertung des Euro jedoch wesentlich geringer.

Wie aus Grafik 5 ersichtlich, entwickelt sich der Preis für Rohöl (der Sorte Brent, gehandelt in Rotterdam) bereits seit dem Jahr 2004 – einhergehend mit einer zunehmenden Volatilität – tendenziell nach oben. Die Rohölverteuerung übt einen starken Einfluss auf die Preise der Verbrauchsgruppe „Energie“ aus (Grafik 6). Es ist daher nicht verwunderlich, dass der Erdölpreis bereits zwischen dem zweiten Quartal 2004 und dem dritten Quartal 2006 die Inflationsentwicklung in Österreich wesentlich bestimmt hatte. Die Inflationsrate für „Energie“ lag etwa im September 2005 bei knapp über 16% im Jahresabstand. Von September 2006 bis Anfang 2007 war die Rohölpreisentwicklung tendenziell rückläufig. Daher war der Beitrag von „Energie“ zur Inflation relativ gering bzw. im Oktober 2006 sogar negativ. Mit dem starken Anstieg der Rohölpreise seit Anfang 2007 beschleunigte sich die Energiepreis-inflation in Österreich jedoch wieder auf 14% zu Jahresende.

Unterschiedliche Überwälzung von Rohölpreisschocks auf verschiedene Energieträger

Die Überwälzung (sowohl Überwälzungsgeschwindigkeit als auch Überwälzungsstärke) von Rohölpreisänderungen auf die einzelnen Energie-

⁷ Ende Februar 2008 betrug der Rohölpreis rund 100 USD/Barrel.

Grafik 5 Rohölpreis erreicht Rekordmarken – EUR-USD-Wechselkurs dämpft Preisschock im Euroraum

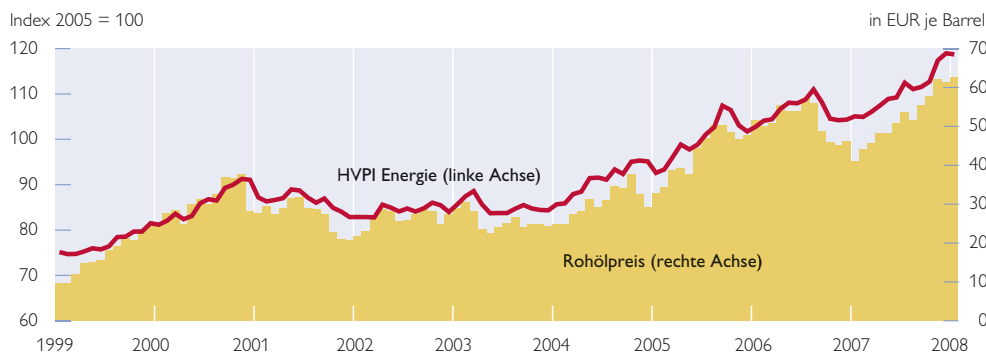
Rohölpreisentwicklung auf den Spot-Märkten (Marke Brent)

in EUR bzw. USD je Barrel



Grafik 6 Enger Zusammenhang des Verbraucherpreisindex für Energie mit der Rohölpreisentwicklung

HVPI für Energie und Rohölpreis

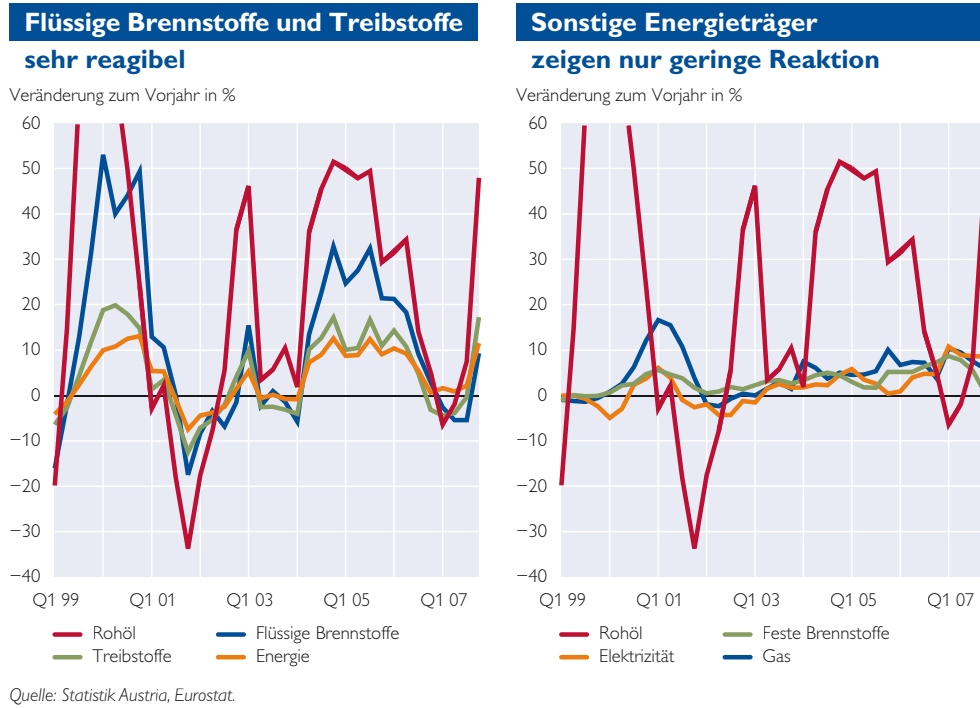


träger ist unterschiedlich. Preise für „flüssige Brennstoffe“ und „Treibstoffe“ reagieren am stärksten und schnellsten auf Rohölpreisänderungen (Grafik 7). Mit einer Zeitverzögerung von höchstens einem Monat ziehen Rohölpreisschocks die im Zeitverlauf stärkste Preisreaktion bei „flüssige Brennstoffe“ (Heizöl) und „Treibstoffe“ nach sich.⁸ Die Preisdynamik der Ausgabenkategorie „Treibstoffe für den privaten Personenverkehr“

war einer der Gründe für den kräftigen Anstieg der österreichischen Inflationsrate ab November 2007. „Treibstoffe“ waren Ende 2007 und im Jänner 2008 um mehr als 20% teurer als ein Jahr zuvor. Aufgrund der Ende 2006 und Anfang 2007 gesunkenen heimischen Treibstoffpreise kam ein Basiseffekt voll zum Tragen, der auch in den folgenden Monaten noch sichtbar sein wird, sodass auch weiterhin mit hohen Jahresinflations-

⁸ Die Überwälzungsgeschwindigkeit von Rohölpreisschocks auf einzelne Energieträger wurde Arpa et al. (2006) entnommen.

Grafik 7 Preise für verschiedene Energieträger reagieren auf Rohölpreisänderungen unterschiedlich



raten bei „Treibstoffe“ zu rechnen ist. Dasselbe gilt für „flüssige Brennstoffe“.

Bei „Gas“ und „Strom“ ist erst mit einer Verzögerung von rund einem Jahr die stärkste Reaktion zu erwarten (siehe Fußnote 7); auch ist diese deutlich schwächer als bei „flüssige Brennstoffe“ und „Treibstoffe“. Die im Jahresverlauf 2007 hohen Inflationsraten bei „Strom“ und „Gas“ (zwischen 7,9% und 11,4% bei „Strom“ bzw. zwischen 4,3% und 10,7% bei „Gas“) spiegeln dementsprechend (noch) nicht den Rohölpreisanstieg während des Jahres 2007 wider. Diese hohen Werte erklären sich vor allem durch Preiserhöhungen der meisten Anbieter im Zeitraum Dezember 2006 bis Februar 2007. Im Jänner 2008 ist die Inflationsrate von „Strom“ und „Gas“ deutlich zurückgegangen (trotz der laut Daten der E-Control in einigen Bundesländern vorgenommenen geringfügigen An-

passung der Strom- und Gaspreise nach oben). Dies erfolgte aufgrund des Basiseffekts der starken Preisanhebungen zu Beginn des Jahres 2007.

Unterschiedliche Preisdynamik bei „Energie“ in Österreich und im Euroraum

Bei „Energie“ betrug im Dezember 2007 der Unterschied zwischen der Inflationsrate in Österreich (14,0%) und im Euroraum (9,2%) 4,8 Prozentpunkte. Der Inflationsabstand blieb auch im Jänner 2008 mit 2,4 Prozentpunkten (Österreich: 13,0%, Euroraum: 10,6%) hoch. Die Auseinanderentwicklung der Energieteuerung bildete sich erst ab Oktober 2007 heraus, davor lagen die Inflationsraten in etwa gleichauf. Der Inflationsabstand Österreichs zum Euroraum bestand vor allem bei „Treibstoffe“ (Jänner 2008: Österreich 23,6%, Euroraum 15,0%). Eine Erklärung

für diesen Unterschied ist unter anderem die Anhebung der Mineralölsteuer in Österreich mit Juli 2007, die die Inflationsrate bei „Treibstoffe“ ab Juli 2007 um 6,2 Prozentpunkte an hob. Die Erhöhung der Mineralölsteuer in Österreich erklärt somit einen Großteil des im Dezember 2007 und Jänner 2008 beobachteten Inflationsabstands bei „Treibstoffe“ zum Euroraum.⁹

Im Jahr 2007 waren auch die Inflationsraten bei „Strom“ und „Gas“ in Österreich höher als im Euroraum. Preiserhöhungen einiger österreichischer Energieversorger Anfang 2007 (etwa in Wien eine Erhöhung der Strompreise um 6,5% und der Gaspreise um 5,3% mit Jänner 2007) haben dazu beigetragen. 2007 betrug die Teuerung bei „Strom“ in Österreich zwischen 7,9% und 11,4% und lag damit um bis zu 6,1 Prozentpunkte über jener des Euroraums. Die Gasteuerung bewegte sich 2007 in Österreich zwischen 4,3% und 10,7% und lag damit um bis zu 8,7 Prozentpunkte über jener des Euroraums. Anfang 2008 hat die Preisanhebung im Jahr davor einen Basiseffekt ausgelöst und dazu beigetragen, dass die Teuerung bei diesen Energieträgern in Österreich („Strom“: 1,0%; „Gas“: -0,8%) unter jener des Euroraums („Strom“: 3,3%; „Gas“: 2,4%) war.

Indirekte Effekte der Energiepreisverteuerungen auf andere Sektoren

Da fossile Energieträger in der Produktion vieler Güter und Dienstleistungen sowie für den Transport der

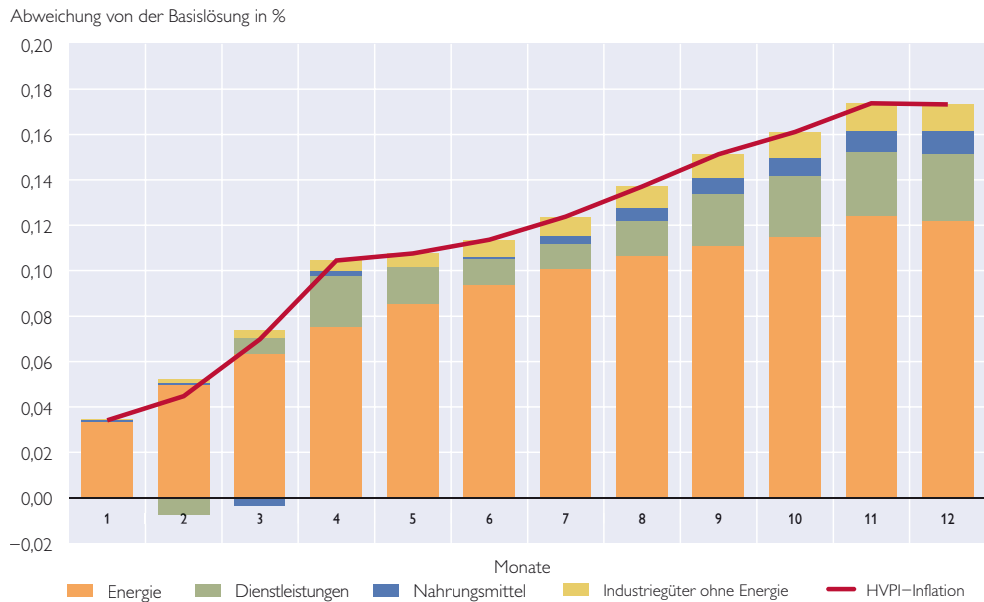
meisten Güter verwendet werden, wirkt sich die Rohölverteuerung mit einer gewissen Zeitverzögerung auch auf die Preise vieler anderer Güter und Dienstleistungen aus. Simulationen mit dem Inflationsprognosemodell der OeNB zeigen, dass ein 10-prozentiger Anstieg des Rohölpreises in US-Dollar einen Anstieg der Inflation bis zum zwölften Monat nach dem Schock um insgesamt 0,17 Prozentpunkte nach sich zieht. Der indirekte Effekt auf die anderen Komponenten des HVPI beginnt sich etwa ab dem vierten Monat nach dem Schock zu entfalten und beträgt zwischen 20% und 30% des Gesamteffekts.

Insbesondere bei Dienstleistungen, die mit Verkehr im Zusammenhang stehen – wie etwa beim öffentlichen Personenverkehr, bei Flugreisen und Pauschalreisen –, kann ein indirekter Effekt der Treibstoffverteuerung vermutet werden. Tatsächlich lag die Inflationsrate des öffentlichen Personenverkehrs auf der Schiene ab April 2007 konstant bei 1,5% und stieg erst im Dezember 2007 (3,1%) und Jänner 2008 (2,6%) demgegenüber leicht an. Der Straßenpersonenverkehr verzeichnete ab dem dritten Quartal 2007 sogar leicht rückläufige Teuerungsraten (Dezember 2007: 1,7%; Jänner 2008: 0,8%). Die Inflationsrate für Flugreisen war in den letzten Monaten mit Werten zwischen -29,4% und -38,4% sogar stark rückläufig. Dies dürfte aber vor allem ein Resultat der geänderten Preiserhebung in diesem Bereich und der aktuellen Marktsituation sein. Bei

⁹ Der Mineralölsteuereffekt ist bereits seit Juli 2007 wirksam. Der Abstand der Inflationsraten bei Treibstoffen zwischen Österreich und dem Euroraum betrug im Jänner 2008 und im Dezember 2007 mehr als 6,2 Prozentpunkte und in den Monaten Juli bis November 2007 weniger als 6,2 Prozentpunkte. Dies bedeutet, dass die Treibstoffteuerung in Österreich, bereinigt um die Mineralölsteuererhöhung für Diesel und Benzin, in den Monaten Jänner 2008 und Dezember 2007 über jener des Euroraums und von Juli bis November 2007 unter jener des Euroraums lag.

Grafik 8 Direkte und indirekte Wirkungen eines Rohölpreisanstiegs

Simulation der Auswirkungen eines 10-prozentigen Rohölpreisanstiegs



Pauschalreisen war im vierten Quartal 2007 ein moderater Inflationsanstieg von rund 0% auf 3% beobachtbar, der durch erhöhte Transportkosten hervorgerufen sein könnte (im Jänner 2008 ging die Teuerung dieser Dienstleistung allerdings wieder auf 0,8% zurück). Insgesamt zeigt sich in den Preisdaten zu den Verkehrsdienstleistungen (mit Ausnahme der Pauschalreisen) derzeit kein indirekter Effekt der Rohölpreisverteuerung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die auf der Basis von Simulationen mit dem OeNB-Prognosemodell zu erwartenden indirekten Effekte von Energiepreisverteuerungen auf die anderen Komponenten des HVPI derzeit in den Daten

und anhand der verfügbaren Informationen (noch) nicht festgestellt werden können.

2.4 Hohe Nahrungsmittelpreis-inflation: internationale oder „hausgemachte“ Ursachen?

Im Lauf des Jahres 2007 verteuerten sich einige Grundnahrungsmittel¹⁰ – vor allem Getreide und Milch – auf dem Weltmarkt und auf dem EU-Binnenmarkt stark. Der Weltmarktpreis für Grundnahrungsmittel (Weizen, Zucker, Milch usw.) weist seit dem vierten Quartal 2006 eine starke Beschleunigung auf (Grafik 9). Die Verteuerung wurde sowohl durch den Anstieg der Nachfrage als auch durch dürrebedingte Ertragsausfälle verursacht. Ohne Zweifel hat die

¹⁰ Die in den letzten Monaten beobachteten Preiserhöhungen bei „Obst“ und „Gemüse“ haben ebenfalls erheblich zum Anstieg der Inflation beigetragen. Die derzeitige Preisentwicklung dieser Ausgabenkategorien ist starken saisonalen Schwankungen unterworfen und geht nicht auf globale Entwicklungen auf den Agrarrohstoffmärkten zurück. Aufgrund der hohen Volatilität der Preisentwicklung im Bereich saisonaler Agrarprodukte ist in den kommenden Monaten wieder mit einem Rückgang der Inflationsrate für diese Ausgabenkategorien zu rechnen.

globale Verteuerung der agrarischen Rohstoffe über die Produktionskosten für Nahrungsmittel auch deren Endverbraucherpreise angehoben. Die Inflationsrate der Verbrauchsgruppe „Nahrungsmittel“ kletterte von 3,5 % im September bis Dezember 2007 auf 7,0%. Im Jänner 2008 beschleunigte sich die Nahrungsmittelteuerung (inklusive alkoholfreier Getränke) in Österreich weiter auf 7,5 % und lag damit – wie im gesamten Jahr 2007 – über dem Euroraum-Durchschnitt (Jänner 2008: 5,4%). Es stellt sich die Frage, inwieweit die Preissteigerung bei Lebensmitteln auf die Entwicklung der Weltmarktpreise zurückzuführen ist bzw. ob auch heimische Produktions- und Wettbewerbsgegebenheiten den Preisaufrtrieb unter-

stützt bzw. eine Dämpfung verhindert haben.

Von der globalen Preisentwicklung am stärksten betroffen sind die Ausgabenkategorien „Milch, Käse und Eier“, „Brot und Getreideerzeugnisse“ sowie „Öle und Fette“ (z. B. Butter, Margarine, Pflanzenöl). Deren Endverbraucherpreis setzt sich aus dem landwirtschaftlichen Produktionswert (Erzeugeranteil) zuzüglich der Marktspanne (Werthinzufügung in Form von Transport, Energie, Lagerleistung, Be- und Verarbeitung sowie Kapitalkosten) zusammen. So betragen etwa die Erzeugerlöhne (der landwirtschaftliche Produktionswert) an den Verbrauchsausgaben für „Brot und Getreideerzeugnisse“ rund 2,6%¹¹ und die zuvor definierte Marktspanne

Grafik 9 Weltmarktpreisentwicklung¹ allein verantwortlich für Anstieg der Nahrungsmittelpreisinflation in Österreich?

Preise für Nahrungsmittel



Quelle: Bloomberg, Eurostat.

¹ Der Weltmarktpreis für Nahrungsmittel ist ein Preisindex agrarischer Rohstoffe. Dabei werden die Preise auf jenen Rohstoffmärkten herangezogen, die international als Benchmark gelten.

¹¹ Siehe Sinabell, 2005.

daher 97,4%. Steigt der Getreidepreis beispielsweise um 100% und wird diese Preissteigerung über die erste Produktionsstufe an die Endverbraucher vollständig weitergegeben, so würden sich die Endverbraucherpreise für „Brot und Getreideerzeugnisse“ – bei einer unveränderten Marktspanne – um 2,6% erhöhen. Ein Anstieg der Endverbraucherpreise um mehr als 2,6% würde auf einen Anstieg der Marktspanne hindeuten, während ein Anstieg um weniger als 2,6% auf eine nicht vollständige Weitergabe der Inputkosten an die Endverbraucher hinweisen würde.

Der Erzeugerpreis von Weizen ist im zweiten Halbjahr 2007 zwar sehr kräftig gestiegen – prozentuell bei weitem stärker als die Verbraucherpreise von „Brot und Getreideerzeugnisse“ (Grafik 9a). Allerdings lässt sich der starke Anstieg der Endverbraucherpreise – angesichts des geringen Erzeugeranteils von Getreide – nur zum Teil durch die starke Steigerung der Erzeugerpreise erklären. Eine vollständige Überwälzung der Erzeugerpreise auf die Endverbraucher hätte im Jahr 2007 die Endverbraucherpreise für „Brot und Getreideerzeugnisse“ um etwas mehr als 2 Prozentpunkte nach sich gezogen. Tatsächlich sind die Endverbraucherpreise für diese Ausgabenkategorie aber um mehr als das Doppelte dieses Werts angestiegen. Es dürfte demnach zu einer Anhebung der Marktspanne gekommen sein.

Bei der Ausgabenkategorie „Milch, Käse und Eier“ bzw. bei „Öle und Fette“ ist der Erzeugeranteil mit rund

44% deutlich höher als bei „Brot und Getreideerzeugnisse“. Deshalb schlagen Veränderungen der Erzeugerpreise stärker auf die diesbezüglichen Endverbraucherpreise durch (Grafik 9b und 9c zeigen die enge Entwicklung der Erzeuger- und Endverbraucherpreise der genannten Ausgabenkategorien). Für die Ausgabenkategorie „Milch, Käse und Eier“ lässt sich der im Jahr 2007 beobachtete Anstieg der Endverbraucherpreise – unter Zugrundelegung eines Erzeugeranteils von rund 44% – nicht vollständig auf die Erzeugerpreiserhöhung bei Milch zurückführen.¹² Bei Ölen und Fetten hingegen lässt sich der Verbraucherpreisanstieg vollständig durch die Erzeugerpreisentwicklung erklären.

Insgesamt ergibt sich daraus, dass der Anstieg der Weltmarktpreise agrarischer Rohstoffe die Teuerung der Ausgabenkategorie „Öle und Fette“ vollständig erklären kann. Im Fall von „Brot und Getreideerzeugnisse“ sowie der Ausgabenkategorie „Milch, Käse und Eier“ dürften aber noch darüber hinausgehende Preisaufschläge in nachgelagerten Produktionsstufen erfolgt sein.

Obige Analyse der Entwicklung der Erzeugeranteile und Marktspannen ist zwar mit großer Unsicherheit behaftet. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass die Nahrungsmittelteuerung in Österreich auch teilweise ein „hausgemachtes“ Problem ist.

Zudem konnte im Jahr 2007 beobachtet werden – wie bereits zu Beginn des Abschnitts 2.3 erwähnt –,

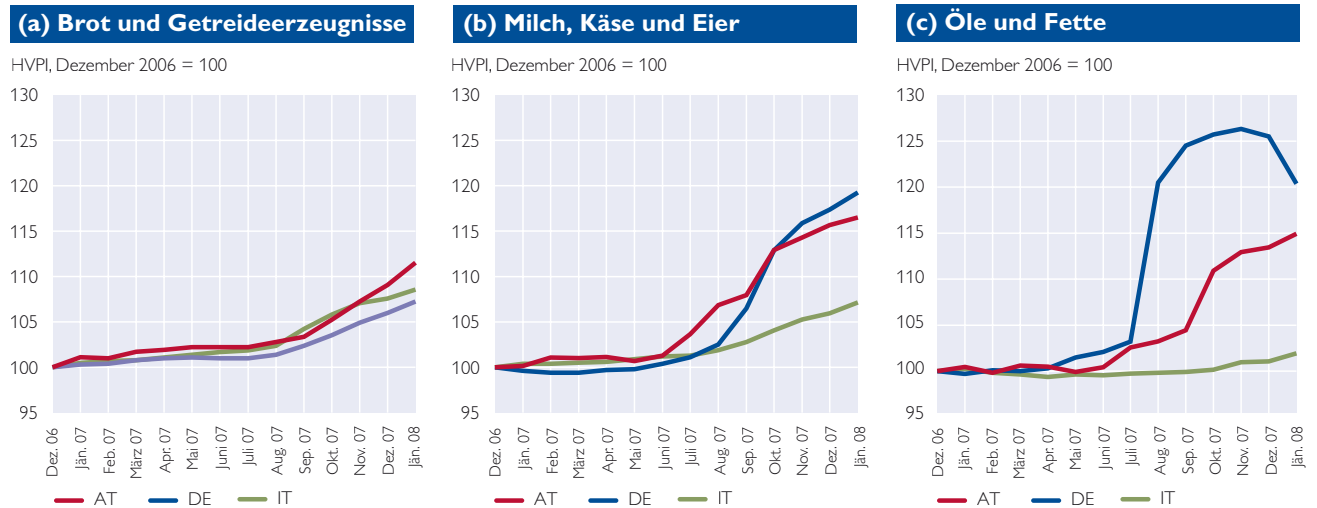
¹² Trotz relativ hoher Weltmarktpreise können die österreichischen Bauern die Milchproduktion nur wenig ausweiten. Beispielsweise betrug die Produktionssteigerung von Milch in den ersten acht Monaten 2007 in Deutschland 2,0%, während sie in Österreich nur bei 0,1% lag (Europäische Kommission, 2007). Ohne Milchquote könnten Österreichs Milcherzeuger – bei Preisen der ersten Jahreshälfte 2007 – zusätzlich aber 17% Milch liefern (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, 2007).

Grafik 9a bis c Erzeugerpreisentwicklung und Endverbraucherpreise wichtiger Nahrungsmittel



Quelle: Statistik Austria.

Grafik 10a bis c Preisdynamik bei wichtigen Ausgabenkategorien der Verbrauchsgruppe „Verarbeitete Nahrungsmittel“ im Ländervergleich¹



Quelle: Eurostat.

¹ Die Aussagekraft der Indexwerte beschränkt sich auf die Veränderungen der Preise dieser Ausgabenkategorien im Verlauf des Jahres, sie geben aber keinen Hinweis auf die Niveaupreise, da der Ausgangswert der Dezember-Wert 2006 (= 100) ist.

dass die Nahrungsmittelinflation in Österreich über dem Euroraum-Durchschnitt lag. Werden die Preisentwicklungen Österreichs bei der Ausgabenkategorie „Milch, Käse und Eier“ mit jenen in Deutschland und Italien verglichen, so zeigt sich, dass der Preisanstieg in Österreich und Deutschland deutlich stärker als in Italien war (zuletzt in Deutschland aber höher als in Österreich). „Brot und Getreideerzeugnisse“ haben sich in allen drei Ländern in etwa mit derselben Dynamik entwickelt. Bei „Öle und Fette“ zeigt sich hingegen eine stark auseinanderklaffende Preisentwicklung (Grafik 10a bis c).

2.5 Administrierte Preise und indirekte Steuern als Preistreiber?

Administrierte Preise sind Preise, die entweder direkt oder indirekt durch Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) beeinflusst sind. Dazu zählen alle von den Gebietskörperschaften festgesetzten öffentlichen Gebühren (z. B. Reisepassgebühr, Parkgebühr, Müllabfuhr), aber auch öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitsdienstleistungen, Transportdienstleistungen, Postdienstleistungen, öffentliche Freizeitdienstleistungen (z. B. Theater und Museen). Die von administrierten Preisen betroffenen Güter und Dienstleistungen haben im HVPI insgesamt ein Gewicht von 12,9%. Grafik 11 zeigt die Preisentwicklung für einige ausgewählte administrierte Preise seit 2001. Es zeigt sich, dass einige administrierte Preise, wie etwa die Gebühren für

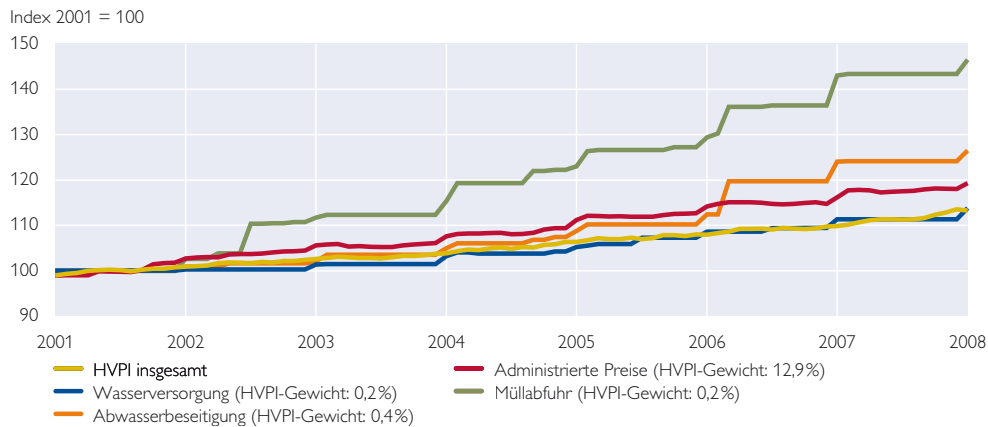
Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung, überdurchschnittlich gestiegen sind, dass aber die administrierten Preise insgesamt keine wesentlich stärkere Dynamik als der HVPI selbst aufweisen. Die Inflationsrate des Subindex der administrierten Preise und Gebühren betrug im Gesamtjahr 2007 2,4% (d. h. leicht überdurchschnittlich im Vergleich zur Gesamtinflation von 2,2%) und im Jänner 2008 2,7% (unterdurchschnittlich im Vergleich zur Jänner-Gesamtinflation von 3,1%). Die Inflationsrate für Müllabfuhr betrug im Jahr 2007 6%; jene für Abwasserbeseitigung 4,7%. Der Beitrag der administrierten Preise zur Gesamtinflation schwankte seit dem Beginn dieser Zeitreihe im Jahr 2001 zwischen 0,49 Prozentpunkten (2002) und 0,28 Prozentpunkten (2006). Im Jahr 2007 lieferten die administrierten Preise durchschnittlich einen Inflationsbeitrag von 0,31 Prozentpunkten; im Jänner 2008 einen Beitrag von 0,34 Prozentpunkten. Der Inflationsbeitrag der Erhöhung der Mineralölsteuer mit Juli 2007 zur Jahresinflation 2007 belief sich auf etwa 0,1 Prozentpunkte.

Da die Inflationsrate für administrierte Preise im Jahr 2007 in etwa auf dem gleichen Niveau der Gesamtinflation lag, können die administrierten Preise zumindest im Jahr 2007 nicht als inflationstreibend, allerdings auch nicht als inflationsdämpfend angesehen werden.

In der öffentlichen Diskussion wurde als ein Argument zur Inflationsbekämpfung das Einfrieren aller

Grafik 11 Administrierte Preise als Preistreiber?

Preisentwicklung bei ausgewählten administrierten Preisen



öffentlichen Gebühren genannt.¹³ Würden alle öffentlichen Gebühren im Jahr 2008 auf ihrem Vorjahresniveau eingefroren, so würde dies (je nach Annahme bezüglich Gewicht und der angenommenen Inflationsrate der Gebühren ohne Gebührenstopp) die Jahresinflationsrate 2008 in einer Bandbreite zwischen 0,2 Prozentpunkten (OeNB-Gewicht und unterstellter Anstieg gleich wie die Gesamtinflation) und 0,3 Prozentpunkten (Statistik-Austria-Gewicht und überdurchschnittlicher Anstieg) dämpfen.

2.6 Überdurchschnittliche Inflation bei Bekleidung und Schuhen

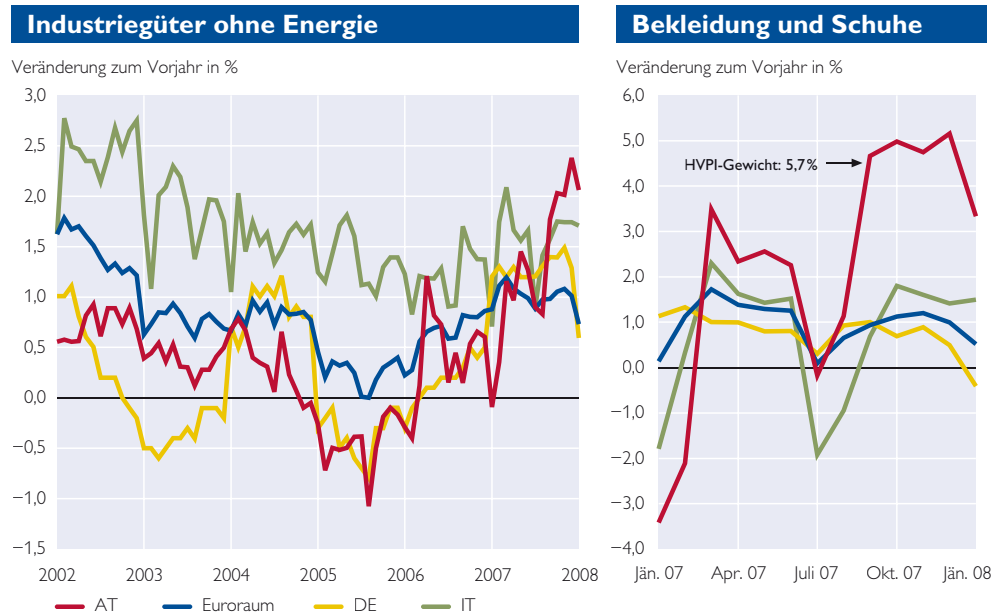
Die Inflationsentwicklung für „Bekleidung und Schuhe“ weicht in Österreich seit September 2007 von jener im Euroraum deutlich ab (Grafik 12). Seither ist in Österreich ein Anstieg

der diesbezüglichen Inflation auf 5,2 % im Dezember 2007 zu beobachten, der auch im historischen Vergleich seit Beginn der HVPI-Zeitreihe im Jahr 1988 unübertroffen ist. Betroffen davon sind sowohl Bekleidungsartikel als auch Schuhe (Dezember 2007: 4,9 % bzw. 6,8 %). Im Jänner 2008 hat sich zwar die Inflationsrate für „Bekleidung und Schuhe“ in Österreich auf 3,3 % abgeschwächt, sie liegt damit aber immer noch deutlich über dem Wert für den gesamten Euroraum von 0,5 %.

Hinreichende Erklärungsansätze für diesen Anstieg fehlen bislang. Laut Fachverband der Bekleidungsindustrie gibt es vonseiten der Bekleidungsindustrie und der Leder verarbeitenden Industrie sowie auch von der Importseite in den letzten Monaten keinen Aufwärtsdruck auf die Endverbraucherpreise. Dies wird auch

¹³ Wie erwähnt, stellen die öffentlichen Gebühren nur einen Teil der administrierten Preise dar. Statistik Austria beziffert das Gewicht der Gebühren im HVPI-Warenkorb mit 9,1 %. Wenn man die Gebühren gleichsetzt mit der Untergruppe aller administrierten Preise, die direkt von staatlichen Stellen gesetzt werden, d. h. die vollständig administriert sind, kommt die OeNB auf ein Gewicht von 7,1 %. Zur Berechnung des Effekts eines Gebührenstopps wird auch eine Annahme über die Preisentwicklung der Gebühren im Jahr 2008 benötigt. Laut Statistik Austria betrug die Inflationsrate der Gebühren im Jahr 2007 2,6 %, war daher etwas überdurchschnittlich. Auch die Inflationsrate der vollständig administrierten Preise gemäß OeNB-Abgrenzung war im Jahr 2007 mit 2,5 % leicht überdurchschnittlich. Es kann daher angenommen werden, dass die Gebühren auch im Jahr 2008 – bei einer Inflationsprognose von 2,8 % – leicht überdurchschnittlich steigen werden.

Grafik 12 Vergleichsweise kräftiger Preisauftrieb bei Industriegütern ohne Energie in Österreich



Quelle: Eurostat.

durch die Gegenüberstellung der Entwicklung des HVPI-Subindex für „Bekleidung“ und der Subkomponente „Textilien und Bekleidung“ des Erzeugerpreisindex bestätigt.

Die Importpreise sind laut Fachverband der Bekleidungsindustrie nach dem Auslaufen der Importquoten aus China mit Jahresende 2007 tendenziell eher noch gesunken. Laut Statistik Austria kann auch eine Verschiebung der Saisonalität (wenn z. B. Ausverkaufsperioden aus Nachfrageerwägungen früher oder später beginnen bzw. enden) nicht der Grund für die Aufwärtsentwicklung in den letzten Monaten sein, da diese bereits seit September 2007 unvermindert anhält. Da auch an der Erhebung der Bekleidungspreise in den letzten Monaten nichts geändert wurde, scheiden laut Statistik Austria statistische oder erhebungstechnische Gründe ebenfalls für die beobachtete Entwicklung aus. Auch eine manchmal vermutete Überwälzung erhöhter

Transportkosten wegen verteuerter Treibstoffpreise kann nicht Hauptverursacher der Aufwärtsentwicklung sein, da ein solcher Effekt alle Länder im Euroraum ähnlich treffen müsste.

3 Sind Zweitrundeneffekte zu erwarten?

3.1 Die Rolle von Inflationserwartungen bei der Preis- und Lohnbildung

Die Übertragung internationaler Preiseffekte auf die heimischen Endverbraucherpreise erfolgt in mehreren Stufen. Zunächst haben Weltmarktpreise, wie in Kapitel 2 analysiert, einen *direkten* Einfluss auf die Verbraucherpreis-inflation; dieser direkte Effekt auf die österreichische Teuerung hängt vor allem vom Anteil der Rohstoffe im gesamten HVPI ab. Steigende Rohstoffpreise erhöhen aber auch die Kosten der Produktion von Gütern, für die diese Rohstoffe als Inputfaktor benötigt werden. Dieser Transmissionskanal wird als *indirekter*

Effekt bezeichnet, wobei die höheren Inputkosten – abhängig vom Grad der Konkurrenz auf den Produktmärkten – zur Gänze, teilweise oder gar nicht an die Endverbraucher weitergegeben werden können. Direkte und indirekte Effekte zusammen bilden die *Erstrundeneffekte*.

Zweitrundeneffekte hingegen bezeichnen den darüber hinausgehenden Aufwärtsdruck auf Endverbraucherpreise, der von induzierten höheren Lohnabschlüssen und steigenden Inflationserwartungen¹⁴ der Marktakteure ausgeht. Lohnverhandlungen und Inflationserwartungen können dabei so interagieren, dass sich eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzt. Das heißt, die erhöhte vergangene und/oder erwartete Inflation löst höhere nominale Lohnabschlüsse aus. Diese erhöhen wiederum die Produktionskosten. Um die Gewinnspannen konstant zu halten, erhöhen die Unternehmen die Preise usw.

Preisanhebungen der Unternehmen können aber auch unabhängig von bereits tatsächlich erfolgten Lohn-erhöhungen ausgelöst werden, wenn nur die Erwartung künftiger Lohn- und/oder Preiserhöhungen besteht. Beispielsweise lassen erwartete Lohn-erhöhungen die erwarteten Gewinnspannen sinken und legen – zur Erhaltung der Gewinnspanne – vorausschauende Preiserhöhungen nahe, sofern das Wettbewerbsumfeld dies erlaubt. Dies kann Ausdruck erhöhten Risikos über die künftige Gewinnspannenentwicklung in einem Umfeld erhöhter Inflation sein und als

„Risikoprämie“ gesehen werden. Insbesondere bei schwach ausgeprägtem Wettbewerb ist aber auch denkbar, dass Unternehmen versuchen, die mit einer gestiegenen Inflation einhergehende Verwischung der Signalfunktion der relativen Preise bewusst zur – zumindest vorübergehenden – Erhöhung ihrer Gewinnspannen zu nutzen.

3.2 Zweitrundeneffekte bei den Lohnabschlüssen in Österreich?

Wie im Folgenden gezeigt wird, hat sich mit Beginn des Jahres 2008 das Lohnwachstum deutlich beschleunigt. Doch ist dies ein Anzeichen für Zweitrundeneffekte? Nach derzeitigem Stand lässt sich die Frage nach dem Vorliegen solcher Effekte im Zusammenhang mit der Lohnentwicklung nicht erschöpfend beantworten. Im vorliegenden Beitrag kann beispielsweise nicht geklärt werden, ob diese gerade erst erfolgten Lohnerhöhungen bereits zu Rückwirkungen auf die Konsumentenpreise geführt haben.¹⁵ Allerdings wird versucht, die Frage zu beantworten, ob das bereits beobachtete höhere Lohnwachstum eine Reaktion auf die höheren Inflationsraten der letzten Monate (und damit auf gestiegene Inflationserwartungen) ist.

Zur Beurteilung der jüngsten Lohnentwicklung werden die jährlichen Veränderungen des Tariflohnindex betrachtet. Dieser Index wird monatlich mit vergleichsweise geringer Verzögerung publiziert und stellt

¹⁴ Aus Sicht der ökonomischen Theorie wird ein solcher Zusammenhang in der Neukeynesianischen Phillips-Kurve postuliert. In empirischen Schätzungen dieser Beziehungen findet sich mehrheitlich – auch für Österreich – ein signifikanter und für die Euroraum-Länder in den letzten Jahren zunehmend wichtiger Effekt der erwarteten Inflation (siehe z. B. Rumler, 2007). Die Ergebnisse sind jedoch von der Schätzmethode abhängig. Allgemein spielt die erwartete Inflation für Länder und Zeitperioden eine umso größere Rolle, je geringer die Inflationsrate und damit auch die Inflationspersistenz sind.

¹⁵ Dazu wären ausführlichere Studien notwendig, wie Firmenbefragungen oder detaillierte Branchenstudien.

somit die rezenteste Information über die aktuelle Lohnentwicklung dar.¹⁶

In den aggregierten Daten war bis Ende des Jahres 2007 kaum ein Anstieg des Lohnwachstums zu erkennen. Dies hängt mit der zeitlichen Abfolge der kollektivvertraglichen Lohnverhandlungen zusammen. In Österreich weisen fast alle Kollektivverträge eine Laufzeit von einem Jahr auf. Nicht alle Kollektivverträge aber sind synchron, sondern in fast jedem Monat laufen Kollektivverträge aus bzw. es treten andere neu in Kraft („verschachtelte Lohnkontrakte“). Das Inkrafttreten der meisten Kollektivverträge ist in drei Monaten besonders konzentriert: So entfallen auf den November (Beginn eines neuen Kollektivvertragszyklus, d. h. Inkrafttreten der Vereinbarungen der „Herbstlohnrunde“) über 15 % (v. a. die Metall-

industrie und andere exportorientierte Industriezweige), auf den Jänner 50 % (z. B. Handel, öffentlicher Dienst und viele kleine Sektoren) sowie auf den Mai (v. a. Bauwesen und die Gaststätten) wiederum etwa 15 % aller kollektivvertraglichen Lohnänderungen. Die restlichen Kollektivvertragsänderungen entfallen auf andere Monate.¹⁷

Tabelle 1 zeigt ausgewählte Kollektivverträge, die im November 2007 bzw. im Jänner oder Februar 2008 in Kraft getreten sind. Dabei zeigt sich fast durchwegs, dass die aktuellen Lohnsteigerungen merklich höher ausfallen als im Jahr zuvor.

Diese höheren Lohnabschlüsse schlagen sich in dem sprunghaften Anstieg der Jahreswachstumsrate der Tariflöhne auf Werte von um oder etwas über 3 % im Jänner 2008 nie-

Tabelle 1

Ausgewählte, jüngst in Kraft getretene oder beschlossene

Kollektivvertragsabschlüsse

in %

	Inkrafttreten des jüngsten KV	Jüngste KV-Lohnsteigerung	Abschluss im Vorjahr
Metallindustrie	Nov. 07	+3,6	+2,6
Stein- und Keramikindustrie	Nov. 07	+3,0	+3,0
Handel	Jän. 08	+3,1	+2,35
Öffentlich Bedienstete	Jän. 08	+3,3	+2,35
Telekom Austria	Jän. 08	+3,1	+2,2
Güterbeförderungsgewerbe (Arbeiter)	Jän. 08	+3,3	+3,0
Mineralölindustrie	Feb. 08	+3,9	+2,6

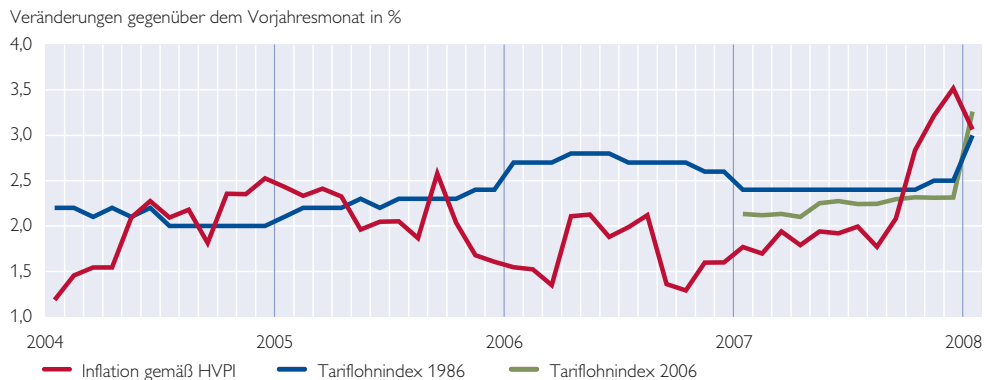
Quelle: Österreichischer Gewerkschaftsbund.

¹⁶ Man könnte einwenden, dass die kollektivvertragliche Lohnentwicklung (= Entwicklung der branchenspezifischen Mindestlöhne) wenig relevant für die Entwicklung der tatsächlichen Arbeitskosten ist, denn schließlich erhalten viele Arbeitnehmer Löhne und Gehälter, die über den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen liegen. Tatsächlich aber ist das Wachstum der Tariflöhne ein guter Indikator für das Wachstum der Arbeitskosten. Zum einen kann man beobachten, dass in jenen Branchen, in denen es auch Verhandlungen über die Erhöhung der „Istlöhne“ gibt, deren Wachstumsraten jenen der Mindestlöhne sehr ähnlich sind. Zum anderen ist das Wachstum der Kollektivvertragslöhne mit dem der tatsächlichen Arbeitskosten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer) sehr eng korreliert, d. h. die „Lohndrift“ ist in Österreich meist gering. Ein weiterer Einwand wäre, dass nicht die Entwicklung der Nominallöhne erörtert werden sollte, sondern die Entwicklung der nominellen Lohnstückkosten, da diese relevanter für den von den Löhnen ausgehenden Inflationsdruck sind. Für die Berechnung der Lohnstückkosten bräuchte man jedoch aktuelle Produktivitätskennziffern. Diese lagen bei Redaktionsschluss jedoch nur bis zum dritten Quartal 2007 vor.

¹⁷ Vergleiche Knell und Stiglbauer (2008).

Grafik 13 Zweitrundeneffekte bei Lohnabschlüssen?

Tariflöhne und Inflation in Österreich



der (Grafik 13).¹⁸ Eine weitere, signifikante Beschleunigung des Lohnwachstums ist hingegen bis zum Herbst 2008 nicht zu erwarten, da mit den Jänner-Daten ungefähr zwei Drittel der aggregierten Lohnänderung der laufenden Lohnrunde (von November 2007 bis Oktober 2008) determiniert sind.

Sind diese höheren Lohnsteigerungen eine Reaktion auf die höheren Inflationsraten, die sich seit Herbst 2007 beobachten lassen? Mehrere Gründe sprechen dagegen: Zum einen ist festzustellen, dass zu Beginn der laufenden Lohnrunde im Oktober 2007 noch nicht absehbar war, dass sich die Inflationsraten derart stark erhöhen würden.¹⁹ Da es bei den österreichischen Kollektivvertragsverhandlungen eine „Signalwirkung“ des Metallsektors für die nachfolgenden Abschlüsse gibt, ist zu erwarten, dass für die laufenden Abschlüsse eher die Einschätzungen vom Herbst 2007 maßgeblich waren als die jüngsten

Inflationszahlen.²⁰ Wenn es nicht die Inflation war, was ist dann der Grund für das höhere Lohnwachstum? Nach allgemeiner Auffassung der Wirtschaftsforscher waren es das äußerst dynamische Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum im Jahr 2007 sowie das Bestreben, die Lohnquote nicht weiter sinken zu lassen. Im ersten Fall weisen die Unternehmen ohnehin höhere Gewinnspannen auf und im zweiten Fall verzichten sie auf Preissteigerungen, um ihre Gewinnspannen nach den Lohnabschlüssen konstant zu halten. Aus derzeitiger Sicht gibt es somit keine signifikanten Hinweise für das Vorliegen von Zweitrundeneffekten in den Lohnverhandlungen.

Im internationalen Vergleich läuft das spezifisch österreichische System der Lohnverhandlungen weniger Gefahr, dass die für das Jahr 2008 prognostizierte Erhöhung der Inflation zu einem dauerhaft höheren Lohnwachstum führt. In Österreich gibt es – im

¹⁸ Das Jahreswachstum des Tariflohnindex 1986 stieg im Jänner 2008 gegenüber Dezember 2007 von 2,5 % auf 3,0 %. Beim neuen Tariflohnindex 2006 kam es sogar zu einer Steigerung von 2,3 % auf 3,3 %.

¹⁹ So wurde beispielsweise die für die Kollektivvertragsverhandlungen besonders wichtige Inflationsprognose des WIFO für 2008 erst im Dezember 2007 von 2,0 % auf 2,6 % erhöht.

²⁰ Für diese Lohnführerschaft des Metallsektors gibt es auch empirische Belege (Knell und Stiglbauer, 2008).

Gegensatz zu manchen anderen Ländern – keine (automatische) Koppelung der Lohnsteigerungen an die Inflation („Indexierung“). Außerdem ist die Dauer der Kontrakte mit einem Jahr relativ kurz. Die hohe Koordination der Lohnverhandlungen durch das System der Lohnführerschaft bietet eine gute Grundlage für die Vermeidung von Lohn-Preis-Spiralen. Die Sozialpartner haben damit eine hohe Verantwortung in der kommenden Lohnrunde.

3.3 Anstieg der Inflationserwartungen der Konsumenten stärker als bei Experten

Zweitrundeneffekte können, wie dargestellt, unter anderem durch einen Anstieg der Inflationserwartungen ausgelöst werden. Mangels Daten für langfristige Inflationserwartungen in Österreich²¹ werden im Folgenden Indikatoren für die kurzfristigen Inflationserwartungen mit einem Zeithorizont von einem Jahr bzw. für das nächste Kalenderjahr betrachtet. Zum einen werden aus Inflationseinschätzungen von Experten, wie sie von Consensus Economics monatlich erhoben werden,²² Reihen für die Experteninflationserwartung während der nächsten zwölf Monate und im nächsten Kalenderjahr konstruiert. Zum anderen wird aus dem ebenfalls monatlich erhobenen Consumer Confidence Barometer die von den österreichischen Konsumenten erwar-

tete Preissteigerungsrate während der nächsten zwölf Monate abgeleitet.

Aus den Consensus Forecasts erhält man monatlich Jahresinflationsprognosen für das laufende und das folgende Jahr. In der folgenden Darstellung werden zum einen – zwecks Vergleichbarkeit mit den Inflationserwartungen gemäß Consumer Confidence Barometer – Inflationserwartungen für den dem Betrachtungsmonat folgenden Zeitraum von zwölf Monaten ermittelt.²³ Diese kurzfristigen Inflationserwartungen weisen im gesamten untersuchten Zeitraum seit 1999 ein für Expertenprognosen durchaus typisches, im Zeitverlauf relativ glattes, Muster aus (Grafik 14). Anstiege in der tatsächlichen Inflationsrate gingen in der Vergangenheit mit gleichgerichteten – moderateren – Anpassungen der kurzfristigen Erwartungen der künftigen Inflationsentwicklung einher. Auffällig ist der jüngste – aus der Februar-Ausgabe ableitbare, sehr deutliche – Anstieg der Experteninflationserwartungen während der nächsten zwölf Monate auf 2,8%, der rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkt über dem Maximum der Expertenerwartungen seit dem Jahr 1999 liegt.

Veränderungen dieser sehr kurzfristigen Experteninflationserwartungen ergeben sich aber schon daraus, dass Inflationsschocks unmittelbar aufgrund der Berechnung der Inflationsrate als Veränderung des Preis-

²¹ Im Unterschied zum Euroraum gibt es in Österreich keine Datenreihen über längerfristige Inflationserwartungen (Zeithorizont fünf oder zehn Jahre), wie sie beispielsweise aus inflationsindexierten Anleihen errechnet werden können oder für den Euroraum bei Expertenbefragungen erhoben werden.

²² Eine Darstellung der Erhebungsmethode von Consensus Economics findet sich unter http://www.consensuseconomics.com/what_are_consensus_forecasts.htm

²³ Dazu wird eine Proxy-Variablen konstruiert, indem ein gewichteter Durchschnitt der beiden Jahresprognosewerte für das laufende und kommende Jahr gebildet wird. Dabei ist das Gewicht der Prognose für das laufende Jahr die Anzahl der Monate vom Prognosemonat bis zum Jahresende dividiert durch zwölf, das Gewicht für die Prognose des Folgejahres ist eins minus das Gewicht des laufenden Jahres.

niveaus im Abstand zum Vorjahresmonat für eine Dauer von zwölf Monaten in der Inflationsrate weiterwirken. Um abschätzen zu können, ob in der Erwartung der Experten die Inflation vorübergehend oder dauerhaft angestiegen ist, erscheint es auch sinnvoll, die Jahresinflationsrate für das kommende Kalenderjahr zu betrachten.²⁴ Diese Reihe zeigt, dass die Experten den aktuellen Inflationsanstieg bislang als überwiegend vorübergehend ansehen, denn auch im Februar 2008 lag ihre Inflationserwartung für das Jahr 2009 mit 2,1% nur geringfügig über dem Durchschnitt seit 1999.

In der Befragung zum Consumer Confidence Barometer, einer Umfrage, die im Auftrag der Europäischen Kommission in allen EU-Mitgliedstaaten monatlich durchgeführt wird, befindet sich – neben der Frage zur wahrgenommenen Inflationsrate – auch eine Frage zur erwarteten Inflationsrate in zwölf Monaten. Aus den Antworten kann – unter einer Reihe von Annahmen – ein mit Inflationsraten vergleichbarer Wert für die erwartete Inflation abgeleitet werden.²⁵

Die so erhobene erwartete Inflation in zwölf Monaten hat sich seit dem Jahr 1999 tendenziell nach oben bewegt. Mit der Einführung des Euro-Bargelds Anfang 2002 wurde der bis dahin sehr enge Gleichlauf mit der Wahrnehmung über die aktuelle

Inflation recht lose. Die erwartete Inflation machte die deutliche Erhöhung der laufenden Inflationswahrnehmung im Jahr 2002 nicht mit. Während damals die befragten Konsumenten die aktuelle Teuerung als hoch empfanden (höher als tatsächlich laut amtlicher Statistik),²⁶ blieben ihre Erwartungen über die weitere Inflationsentwicklung kurzfristig weitgehend stabil und niedrig. Erst in den Jahren 2004 und 2005 stiegen die Inflationserwartungen der Konsumenten häufiger über 2%. Nach einer Phase der Beruhigung im Jahr 2006 und in den ersten Monaten des Jahres 2007 verzeichneten die Inflationserwartungen der Konsumenten ab Jahresmitte einen abrupten und deutlichen Anstieg auf über 5%. Im Februar 2008 ist der Wert aber wieder deutlich auf 3,3% gesunken.

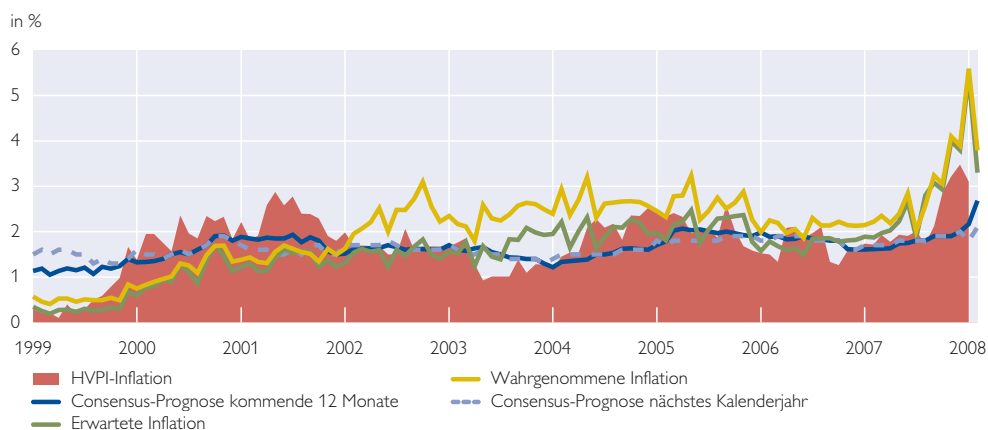
Interessant ist, dass der Abstand zwischen der wahrgenommenen aktuellen Inflation und der in zwölf Monaten erwarteten Inflation von ½ bis 1 Prozentpunkt, der seit 2002 für mehr als fünf Jahre zu beobachten war, ab Jahresmitte 2007 auf Null schrumpfte. Mit anderen Worten, der sprunghafte Anstieg der wahrgenommenen Inflation übertrug sich eins-zu-eins in die Inflationserwartungen, das heißt, die Konsumenten gehen nicht mehr davon aus, dass die Inflation in einem Jahr niedriger ist als sie derzeit wahrgenommen wird.

²⁴ Diese deckt je nach Zeitpunkt der Consensus-Erhebung einen mehr oder weniger weit entfernten Zeithorizont ab. Im Jänner eines Jahres etwa ist die erwartete Inflationsrate für das kommende Kalenderjahr um elf Monate weiter entfernt als im Dezember eines Jahres. Diese – analytisch unbefriedigende – Eigenschaft einer derart konstruierten Reihe „Inflationserwartung gemäß Consensus für das nächste Kalenderjahr“ wird aber in Kauf genommen, um zumindest eine ungefähre Einschätzung der über den Zwölf-Monats-Horizont hinausgehenden Experteninflationserwartungen zu erhalten.

²⁵ Zur Berechnung der wahrgenommenen Inflation siehe Berk (1999). Die Schätzung der Inflationserwartungen folgt derselben Methodik. Naturgemäß gelten für beide Größen auch alle Einschränkungen, die sich aus der möglichen Beeinflussung des Antwortverhaltens durch die Abfolge der Fragen und durch das Fragedesign ergeben.

²⁶ Für eine Erklärung und Diskussion der v. a. psychologischen Gründe für diese Abweichung siehe u. a. Fluch und Stix (2005) sowie Stix (2005).

Grafik 14 Anstieg der Inflationserwartungen der Konsumenten stärker als bei Experten

Inflation, erwartete Inflation und wahrgenommene Inflation

Quelle: Statistik Austria, Consensus Economics, OeNB.

Im Februar 2008 hat sich der Unterschied zwischen errechneter wahrgenommener und erwarteter Inflation allerdings wieder auf rund $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt erweitert.

Die Entwicklung der erwarteten und wahrgenommenen Inflation muss jedenfalls mit Vorsicht interpretiert werden. Es *könnte* bedeuten, dass die Konsumenten ihre Inflationserwartungsbildung im zweiten Halbjahr 2007 dahingehend geändert haben, dass sie bei der Bildung ihrer Inflationserwartungen die aktuelle Inflation verstärkt in die Zukunft fortschreiben, allerdings ausgehend von der wahrgenommenen und nicht der tatsächlichen Inflationsrate. Die numerischen Werte dürfen allerdings nicht wörtlich genommen werden, da es sich um eine aus einer Befragung – unter diversen Annahmen – abgeleitete Schätzung handelt. Aus diesen Gründen kann den Experteninflationsprognosen insgesamt wohl ein höherer Informationsgehalt für die zukünftige Inflationsentwicklung zugebilligt werden.

Insgesamt hat sich der Anstieg der österreichischen Inflation in den letzten Monaten somit sowohl in den

ganz kurzfristigen Inflationserwartungen der Experten als auch der Konsumenten niedergeschlagen. Der Anstieg der Experteninflationserwartungen ist allerdings weniger stark bzw. gilt kaum für das Jahr 2009, für das offensichtlich erwartet wird, dass die inflationären Wirkungen der aktuellen Preisschocks wieder weitgehend auslaufen werden.

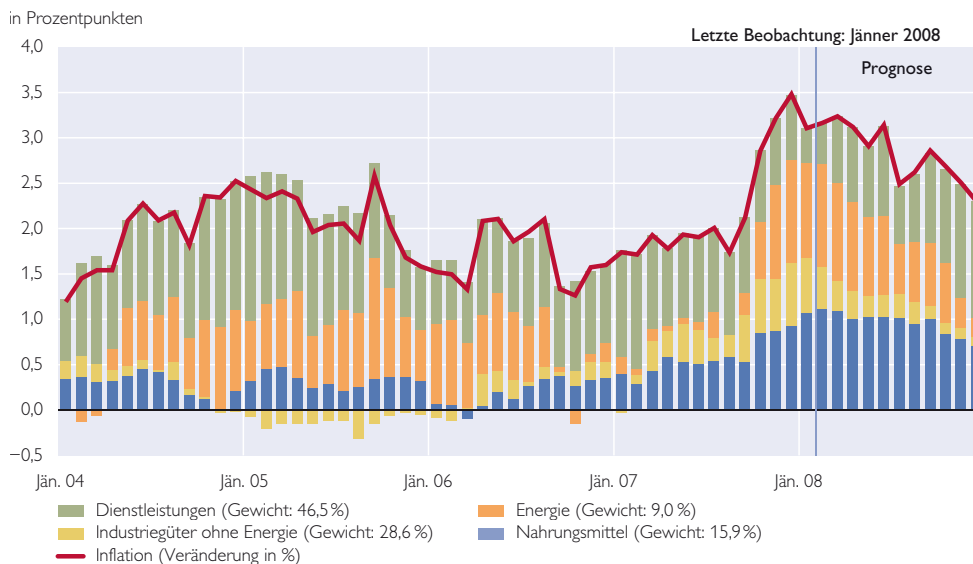
4 OeNB-Prognose: Rückgang der HVPI-Inflation bis Jahresende 2008 auf 2,3 %; Jahresinflation 2008: 2,8 %

Laut Inflationsprognose der OeNB vom März 2008 wird die Inflationsrate in Österreich im Gesamtjahr 2008 2,8% (Revision um +0,4 Prozentpunkte gegenüber Dezember 2007) betragen. Die Kerninflation (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) sollte im Jahr 2008 bei 2,2% (Revision um +0,2 Prozentpunkte) liegen (Grafik 15).

Dahinter verbirgt sich eine deutlich nachlassende Inflationsrate im Jahresverlauf von 3,1% (Jänner 2008) auf 2,3% (Dezember 2008). Der Preisaufrtrieb bei „Industriegüter ohne

Grafik 15 Inflation geht laut aktueller OeNB-Prognose bis Jahresende 2008 auf 2,3% zurück

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Verbrauchsgruppen



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

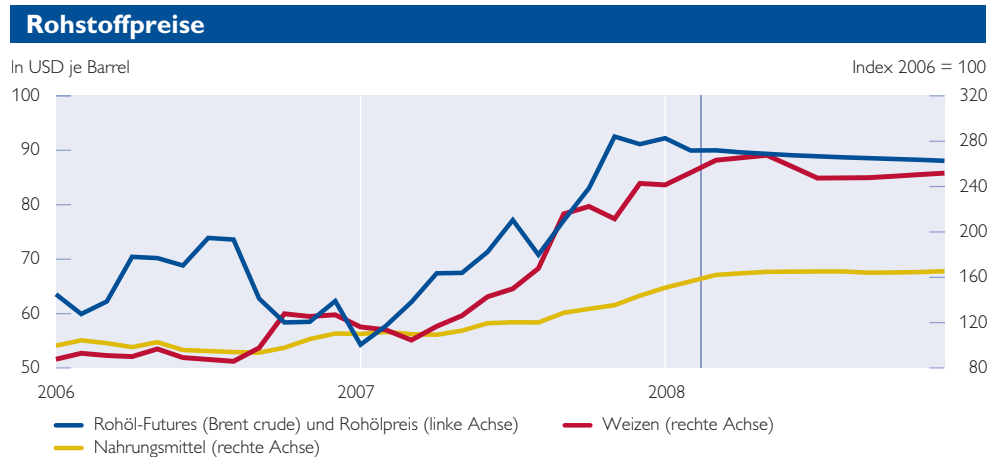
Energie“ lässt nach, sobald der aktuelle Preisschock bei „Bekleidung und Schuhe“ in den nächsten Monaten ausläuft. Hingegen klettert die Dienstleistungsinflation im Einklang mit ihrem mittelfristigen Trend auf über 2%. Die Fußball-Europameisterschaft wird die Beherbergungs- und Gaststättenpreise in den vier Austragungsstädten vorübergehend in die Höhe treiben; auf die Gesamtinflationsrate wird der Effekt im Juni 2008 ein Maximum von 0,4 Prozentpunkten erreichen und dann wieder zurückgehen. Die Erhöhung der ORF-Gebühren um 9,4% im Juni 2008 wird ab diesem Zeitpunkt 0,07 Prozentpunkte zur Dienstleistungsinflation bzw. 0,03 Prozentpunkte zur Gesamtinflationsrate beitragen.

Die prognostizierte deutliche Abschwächung der Inflation im Jahresverlauf beruht in erster Linie auf der Annahme, dass keine weiteren Erdölpreis- und Nahrungsmittelpreisschocks im Vorhersagezeitraum auftreten werden. Diese Annahme

wurde von der Preisentwicklung für Futures von Nahrungsmittelrohstoffen und Rohöl abgeleitet (Grafik 16). Daher sollten die Auswirkungen der vergangenen Schocks nach dem Auslaufen des Basiseffekts ein Jahr nach dem Auftreten des Schocks aus der Jahresinflationsrate verschwinden. Für den Erdölpreisschock dürfte dies ab September 2008 und für den Nahrungsmittelpreisschock ab Oktober 2008 der Fall sein.

Weiters geht die Prognose vom Ausbleiben von Zweitrundeneffekten und von weiterhin fest verankerten Inflationserwartungen aus – es wird daher angenommen, dass die in Kapitel 3 dargestellte Erhöhung der beiden Maße für die Inflationserwartungen nur vorübergehend ist. Als zeitreihenmodellbasierte Prognose nimmt die OeNB-Prognose notwendigerweise auch an, dass keine strukturelle Änderung des Inflationsprozesses in jüngster Zeit stattgefunden hat. Damit werden die strukturellen Zusammenhänge der makroökono-

Grafik 16 Futures signalisieren Entspannung auf den Rohstoffmärkten



Quelle: Bloomberg.

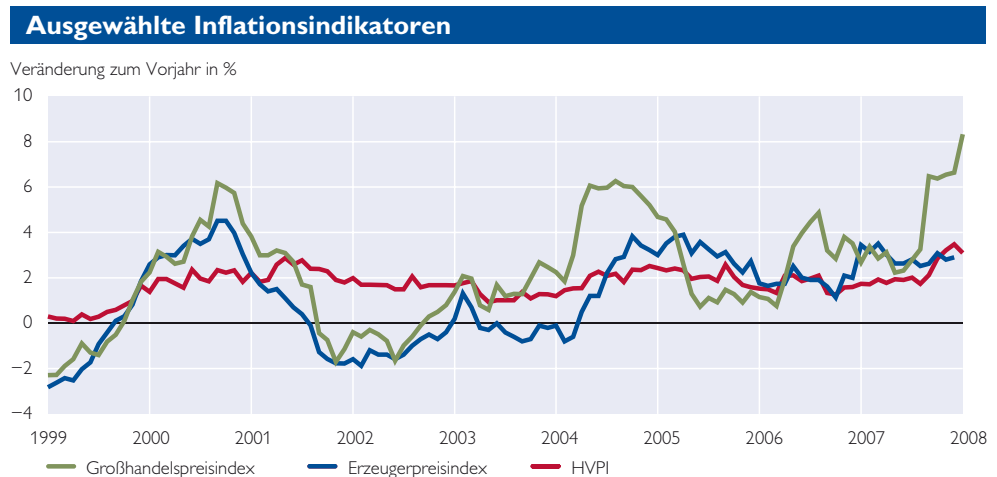
Anmerkung: Futures-Preise per 15. Februar 2008.

mischen Variablen der Vergangenheit auch in die Zukunft fortgeschrieben.

Sowohl dem Erzeuger- als auch dem Großhandelspreisindex kommt eine gewisse Vorlaufindikatorfunktion für den HVPI zu. Im Großhandelspreisindex (GHPI) sind Preise erfasst, die für die Einkaufsseite des Einzelhandels von Interesse sind. Belief sich die Veränderung des GHPI bis August 2007 auf knapp über 3%, so hat sie sich mit September 2007 auf rund 6,5% bzw. im Jänner 2008

auf 8,3% beschleunigt (Grafik 17). Dieser starke Anstieg lässt erwarten, dass die Inflationsrate auch in den nächsten Monaten hoch bleiben dürfte bzw. nur langsam zurückgehen wird. Allerdings ist der GHPI, in dem 387 Warenpositionen enthalten sind, sehr viel volatiler als der HVPI, weshalb ein starker Zusammenhang zwischen den beiden Reihen in der Vergangenheit nicht beobachtbar war. Der zuletzt verfügbare Wert für den Erzeugerpreisindex liegt für Oktober

Grafik 17 Starker Anstieg der Großhandelspreise könnte Inflationsrückgang dämpfen



Quelle: Statistik Austria.

2007 vor; sein Wachstum war bis dahin nicht außergewöhnlich hoch (Grafik 17).

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Großteils internationale Inflationsursachen, aber auch „hausgemachte“ Teuerung

Die vorliegende Studie zeigt, dass die HVPI-Inflationsrate in Österreich seit Oktober 2007 auf den höchsten Wert seit Beginn der WWU gestiegen ist. Die Inflation lag aber vorübergehend auch – ungewohnt für Österreich – über dem Euroraum-Durchschnitt. Der Unterschied erklärt sich hauptsächlich aus einer stärkeren Steigerung der Nahrungsmittel- sowie Energiepreise in Österreich gegenüber dem Euroraum. Aber auch bei Bekleidung und Schuhen sowie Freizeit und Kultur ist die Inflationsrate in Österreich derzeit über jener des Euroraums.

Der Anstieg der Weltmarktpreise agrarischer Rohstoffe war für die jüngste Teuerung bei Milchprodukten sowie bei Ölen und Fetten in einem höheren Ausmaß verantwortlich als bei Brot- und Getreideerzeugnissen.

Im Energiebereich erklärt sich etwa die Hälfte des Unterschieds durch die Mineralölsteueranhebung mit 1. Juli 2007 und die Hälfte durch Erhöhungen der Strom- und Gaspreise einiger lokaler Anbieter zu Beginn des Jahres 2007. Die Rohölverteuerung dürfte neben dem bekannten direkten Effekt auf Treibstoffe und Heizöl auch indirekte Effekte auf die anderen Komponenten des HVPI haben. Ein solcher Effekt dürfte allerdings gering sein und lässt sich anhand der verfügbaren Informationen (noch) nicht feststellen.

Bei den Bekleidungs- und Schuhpreisen wurde in den letzten Monaten eine Entkoppelung der Preisent-

wicklung auf der vorgelagerten Erzeuger- und Importpreisebene sowie der Endverbraucherebene beobachtet. Da laut Statistik Austria statistische Gründe als Erklärung für die beobachtete Entwicklung ausscheiden, muss der Anstieg ein Phänomen des Handels sein.

Administrierte Preise lieferten im Jahr 2007 durchschnittlich einen Beitrag auf die HVPI-Gesamtinflation von 0,31 Prozentpunkten (Dezember 2007: 0,37 Prozentpunkte). Die Erhöhung der MÖSt auf Diesel und Benzin ab Juli 2007 trug etwa 0,1 Prozentpunkte zur Jahresinflation 2007 bei.

Inflationserwartungen der Konsumenten steigen stärker als jene der Experten; höhere Nominallohnsteigerungen im Jahr 2008

Der jüngste Anstieg der österreichischen Inflation hat sich in den ganz kurzfristigen Inflationserwartungen sowohl der Experten als auch der Konsumenten niedergeschlagen. Der Anstieg der Experteninflationserwartungen ist allerdings weniger stark als jener der Konsumenten, und er ist für das Jahr 2009 weit geringer – offensichtlich wird erwartet, dass die inflationären Wirkungen der aktuellen Preisschocks bis dahin wieder weitgehend auslaufen werden.

Im Jahr 2008 wird es – auf Basis der im Jahr 2007 abgeschlossenen Kollektivverträge – zu einem merklichen Anstieg des Lohnwachstums kommen. Da aber die meisten Kollektivverträge bereits abgeschlossen sind, ist das Risiko, dass es in den nächsten Monaten aufgrund der Lohnentwicklung zu einem höheren Inflationsdruck kommt, als derzeit in den Prognosen angenommen, gering.

OeNB hebt Inflationsprognose für 2008 auf 2,8 % an; jedoch deutlicher Rückgang auf 2,3 % bis Dezember 2008

Die aktuelle OeNB-Inflationsprognose berücksichtigt diese Lohnentwicklungen bereits. Die OeNB geht davon aus, dass die Jahres-HVPI-Inflation im Jahr 2008 2,8 % betragen wird. Im Jahresverlauf bis Dezember 2008 sollte die Inflation aber wieder bis auf 2,3 % zurückgehen. Diese Prognose basiert zum einen vor allem auf der Annahme, dass die internationalen Rohöl- und Rohstoffpreise nicht weiter steigen. Zum anderen ist für dieses Szenario wesentlich, dass Inflationserwartungen stabil auf niedrigem Niveau verankert bleiben.

Komplementäre inflationsdämpfende Maßnahmen von stabilitätsorientierter Geldpolitik des Eurosystems ...

Es stellt sich abschließend die Frage, wie die Geld- und Wirtschaftspolitik in dieser Situation am besten handeln soll.

Die Geldpolitik des Eurosystems ist eindeutig und glaubwürdig dem vorrangigen Ziel, mittelfristig die Preisstabilität zu sichern, verpflichtet. Die Geldpolitik kann kurzfristige Preisschocks, die von außen kommen (Erdölpreisanstiege, weltweite Lebensmittelpreisanstiege), nicht verhindern. Sie zielt aber darauf ab, dass der Inflationsanstieg vorübergehend bleibt. Dazu ist es wichtig, dass die Inflationserwartungen möglichst stabil und niedrig bleiben. Das ist bisher sehr gut gelungen. Bereits im Jahr 2001 hat der temporäre Inflationsanstieg über 3 % die Inflationserwartungen nicht beeinträchtigt. Und auch derzeit zeigen die langfristigen Inflationserwartungen weiterhin hohes

Vertrauen in die Stabilitätspolitik des Eurosystems.

... und nationaler Wirtschaftspolitik

Die Geldpolitik kann nicht die Inflation in jedem einzelnen Mitgliedstaat des Euroraums genau steuern. Dazu sind unterstützende Maßnahmen auf nationaler Ebene erforderlich. Diese können an drei Hebeln ansetzen.

– Lohnpolitik

Die Vermeidung von Zweitrundeneffekten in der kommenden Herbstlohnrunde ist eine wichtige Aufgabe der Tariflohnparteien. Die Sozialpartnerschaft und das etablierte System der Lohnführerschaft bieten dafür eine gute Basis, da hier leichter die Persistenz von Lohninflation durchbrochen werden kann als in weniger koordinierten Lohnverhandlungssystemen. Ein internationaler Rohstoff- und Erdölpreisschock bedeutet, dass die relativen Preise von Energie und anderen Rohstoffen im Vergleich zu in Österreich produzierten Gütern steigen. Das bedeutet, dass Österreich für die im Land produzierten Güter weniger andere Güter erhält. Wohlstand verschiebt sich somit von Erdöl- und Rohstoffimporteuren, wie Österreich, zu den -exporteuren.

– Strukturpolitik

Die Erhaltung von Preisstabilität bedeutet nicht, dass einzelne Produktgruppen, die knapp werden – wie z. B. derzeit Energie oder Lebensmittel –, sich nicht verteuern könnten. Im Gegenteil, ihr Preisanstieg ist wichtig, sofern er Knappheit signalisiert. Der Preisanstieg macht die Ausweitung der Produktionskapazitäten lukrativ und stimuliert damit das An-

gebot.²⁷ Gleichzeitig dämpft der Preisanstieg die Nachfrage, da durch den Preisanstieg sowohl die Realeinkommen der privaten Haushalte sinken und zudem davon auszugehen ist, dass von den nunmehr teureren Gütern weniger konsumiert wird. Das heißt, auf der Nachfrageseite werden sowohl Substitutions- als auch Einkommenseffekte sichtbar. So sollten die hohen Energiepreise zu einem sparsameren Umgang mit Energie bzw. zu einem Umstieg auf Alternativen führen.

Strukturpolitische Maßnahmen können den Anpassungsprozess an den Rohstoffpreisschock unterstützen und den Preisauftrieb dämpfen. Maßnahmen zur Intensivierung des Wettbewerbs und zur Beseitigung quantitativer Produktionsbeschränkungen, wie sie etwa in Form der Milchquoten auf Basis der gemeinsamen EU-Agrarpolitik noch existieren, dämpfen die Preisentwicklung, indem sie die Preissetzungsmacht der Unternehmen beschränken bzw. das Angebot an agrarischen Rohstoffen erhöhen. Längerfristig bedeuten Maßnahmen zum Energiesparen bzw. zur Nutzung heimischer alternativer Energien eine adäquate Antwort auf gestiegene relative Preise bei fossilen Energieträgern und anderen importierten Rohstoffen. Auch machen derartige Maßnah-

men Österreich für die Zukunft unempfindlicher gegenüber möglichen weiteren internationalen Energiepreisschocks.

– Budgetpolitik und administrierte Preise

Die Budgetpolitik kann über zwei Kanäle zu einer Inflationsdämpfung beitragen: die Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und Veränderungen bei Abgaben, Gebühren und Tarifen. Zum einen hat die österreichische Wirtschaft zwei Jahre sehr kräftigen Wachstums hinter sich. Die Kapazitäten sind sehr gut ausgelastet. Eine gesamtwirtschaftliche Nachfragestimulierung durch die Inkaufnahme eines steigenden Budgetdefizits ist bei hohem realem Wachstum und starker Kapazitätsauslastung einer Verringerung der Inflationsrate abträglich. Das Defizit sollte in einer derartigen konjunkturellen Situation rasch reduziert werden. Zum anderen sollte der öffentliche Sektor in der aktuellen Situation auch vermeiden, durch die Erhöhung von Abgaben, Gebühren und Tarifen die Inflation zu erhöhen. Würden alle öffentlichen Gebühren auf ihrem Niveau von 2007 eingefroren, so würde dies nach Schätzungen der OeNB die HVPI-Inflation um etwa $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt dämpfen.

²⁷ Die Produktionskapazität von Erdöl ist – aus technischen Gründen oder als Ergebnis bewusster Verknappung seitens der Erdölproduzenten – zumindest kurzfristig relativ unelastisch. Allerdings kann v. a. mittel- bis langfristig das Energieangebot auch durch den Ausbau alternativer Energiequellen auf das gestiegene Preisniveau reagieren.

Literaturverzeichnis

- Arpa, M., J. Crespo Cuaresma, E. Gnan und M. A. Silgoner. 2006.** Erdölpreisschock, Energiepreise und Inflation – Österreich im EU-Vergleich. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1/06. OeNB.
- Baumgartner, J. und F. Sinabell. 2007.** Erzeugerpreise von Agrarprodukten und Nahrungsmittelpreise in Österreich. In: WIFO-Monatsberichte 12/2007. 965–977.
- Berk, J. M. 1999.** Measuring Inflation Expectations: A Survey Data Approach. In: Applied Economics 31. 1467–1480.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. 2007.** Analyse von möglichen Szenarien für die Zukunft des Milchmarktes in der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf die österreichische Milchwirtschaft. <http://www.landnet.at/article/articleview/61303/1/5202>
- Europäische Kommission. 2007.** Milk Market Situation. Brüssel.
- Fluch, M. und H. Stix. 2005.** Wahrgenommene Inflation in Österreich – Ausmaß, Erklärungen, Auswirkungen. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q3/05. OeNB.
- Knell, M. und A. Stiglbauer. 2008.** The Impact of Reference Norms on Inflation Persistence When Wages are Staggered. Theoretical Considerations and Empirical Results. OeNB (unveröffentlicht).
- Rumler, F. 2007.** Estimates of the Open Economy New Keynesian Phillips Curve for Euro Area Countries. In: Open Economies Review 18(4). 427–451.
- Sinabell, F. 2005.** Marktspannen und Erzeugeranteil an den Ausgaben für Nahrungsmittel. WIFO-Studie. Jänner.
- Stix, H. 2005.** Perceived Inflation and the Euro: Why High, Why Persistent? In: Proceedings of the OeNB-Workshop 8: Price Setting and Inflation Persistence in Austria.

Anhang: Verbrauchsgruppen des HVPI – Aufgliederung

Verarbeitete Nahrungsmittel einschließlich Alkohol und Tabak – Gewicht 2007: 10,162%

Brot und Getreideerzeugnisse
 Milch, Käse und Eier
 Öle und Fette
 Zucker, Marmelade, Honig, Schokolade und Süßwaren
 Nahrungsmittel, a.n.g.
 Kaffee, Tee und Kakao
 Mineralwasser, Erfrischungsgetränke und Saft
 Branntwein
 Wein
 Bier
 Tabak

Unverarbeitete Nahrungsmittel – Gewicht 2007: 5,315%

Fleisch
 Fisch
 Obst
 Gemüse

Energie – Gewicht 2007: 8,143%

Elektrizität
 Gas
 Flüssige Brennstoffe
 Feste Brennstoffe
 Wärmeenergie
 Kraft- und Schmierstoffe für private Verkehrsmittel

Industriegüter ohne Energie – Gewicht 2007: 28,946%

Bekleidungsstoffe
 Bekleidungsartikel
 Sonstige Bekleidungsartikel und -zubehör
 Schuhe einschließlich Reparatur und Miete
 Material für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung
 Wasserversorgung
 Möbel und andere Einrichtungsgegenstände
 Teppiche und andere Bodenbeläge
 Heimtextilien
 Elektrische und nichtelektrische Haushalts-Großgeräte sowie elektrische Haushalts-Kleingeräte
 Glaswaren, Geschirr und andere Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung
 Großwerkzeuge und -geräte sowie Kleinwerkzeuge und diverses Zubehör
 Kurzlebige Haushaltswaren
 Pharmazeutische Erzeugnisse
 Sonstige medizinische Erzeugnisse und therapeutische Geräte
 Kraftwagen
 Krafträder, Fahrräder und Gespannfahrzeuge
 Ersatzteile und Zubehör für private Verkehrsmittel
 Empfangs-, Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte für Ton und Bild
 Foto-, Kino- und optische Geräte
 Datenverarbeitungsgeräte
 Aufzeichnungsmedien
 Wesentliche Gebrauchsgüter für die Freizeit einschließlich Musikinstrumenten
 Spiel- und Hobbywaren
 Sportgeräte und Ausrüstungen für Camping und Erholung im Freien
 Pflanzen
 Heimtiere und Heimtierartikel sowie Veterinär- und andere Dienstleistungen für Heimtiere
 Bücher
 Zeitungen und Zeitschriften
 Sonstige Druckerzeugnisse sowie Schreibwaren und Zeichenmaterial
 Elektrische Geräte und andere Erzeugnisse für die Körperpflege
 Schmuck und Uhren
 Sonstige persönliche Gebrauchsgüter

Dienstleistungen (Gesamtindex ohne Waren) – Gewicht 2007: 47,434%

Reinigung, Reparatur und Miete von Bekleidung
Gezahlte Wohnungsmieten
Dienstleistungen für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung
Müllabfuhr
Abwasserbeseitigung
Sonstige Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Wohnung, a.n.g.
Reparatur von Einrichtungsgegenständen und Bodenbelägen
Reparatur von Haushaltsgeräten
Häusliche Dienstleistungen
Medizinische und paramedizinische Dienstleistungen
Zahnmedizinische Dienstleistungen
Krankenhausedienstleistungen
Instandhaltung und Reparatur von privaten Verkehrsmitteln
Sonstige Dienstleistungen an privaten Verkehrsmitteln
Schienenpersonenverkehr
Straßenpersonenverkehr
Luftpersonenverkehr
Personenverkehr in See- und Binnenschifffahrt
Kombinierter Personenverkehr
Sonstige gekaufte Verkehrsdienstleistungen
Postdienste
Telefonapparate und Telefaxgeräte, Telefon- und Telefaxdienste
Reparatur von Geräten für Audiovision, Fotografie und Datenverarbeitung
Instandhaltung und Reparatur von sonstigen wesentlichen Gebrauchsgütern für Freizeit und Kultur
Freizeit- und Sportdienstleistungen
Kulturdienstleistungen
Pauschalreisen
Kindergärten, Vor- und Grundschulen, weiterführende Schulen, Hochschulen, Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht
Restaurants, Cafés und dergleichen
Kantinen
Beherbergungsdienstleistungen
Friseur- und Kosmetiksalons sowie andere Einrichtungen für die Körperpflege
Sozialschutz
Versicherungen im Zusammenhang mit der Wohnung
Versicherungen im Zusammenhang mit der Gesundheit
Versicherungen im Zusammenhang mit dem Verkehr
Sonstige Versicherungen
Sonstige Finanzdienstleistungen, a.n.g.
Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.